Massenprozesse in der Türkei — S. 11

1 H 3752 C

Erscheint wöchentlich freitags

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 43 vom 29. Oktober 1982 — 16. Jahrgang — 1 DM



250000 bei den DGB-Demonstrationen

„Bei uns ist nichts zu holen — die Reichen haben die Kohlen!"

Gegen Arbeitslosigkeit, Sozialabbau und Rüstungswahnsinn

Viel größer als ursprünglich erwartet war die Zahl der Teilnehmer an den Massendemonstrationen, die der DGB am vergangenen Samstag in Dortmund, Frankfurt und Nürnberg organisierte. Mit 50000 Demonstranten hatte man beispielsweise in Dortmund gerechnet — aber dann waren es 120000, die sich zur Abschlußkundgebung auf dem Hansaplatz zusammendrängten. Mit neun Sonderzügen und fast 1400 Bussen waren Gewerkschafter aus ganz Nordrhein-Westfalen gekommen: So wurde der Protest gegen die sozialreaktionäre Sparpolitik der Bonner Regierung zur größten Demonstration, die jemals in Dortmund stattgefunden hat.

Ähnliches gilt auch für Nürnberg, wo sich 70000 an der Protestaktion beteiligten — einen solchen Aufmarsch hatte es seit den Demonstrationen gegen das Betriebsverfassungsgesetz vor 30 Jahren nicht mehr gegeben. In Frankfurt schließlich gingen 60000 Kollegen auf die Straße. Und die drei Demonstrationen vom vergangenen Wochenende waren ja erst der Beginn einer ganzen Serie gewerkschaftlicher Kampfaktionen, die in den kommenden Wochen in anderen Städten der Bundesrepublik fortgesetzt werden.

Aber nicht nur die Teilnehmerzahlen signalisierten eine neue Qualität des gewerkschaftlichen Protestes. Auch die unzähligen, mitgeführten Parolen zeugten von einer deutlichen Frontstellung gegen die Offensive des Kapitals und seiner Regierung. Da war von der „Ausgewogenheit" beim Erbringen sozialer Opfer — von der ja die DGB-Führer immer sprechen — nichts zu sehen. Auf Transparenten, Spruchtafeln und in Sprechparolen wurde vielmehr gefordert, daß die Reichen die Krise bezahlen sollen.

Bemerkenswert war in diesem Zusammenhang auch die Tatsache, daß eine eindeutige Verbindung zwischen dem Angriff auf den sozialen Besitzstand und den steigenden Rüstungsausgaben gezogen wurde. Das kam nicht nur in den Parolen der Teilnehmer, sondern beispielsweise auch im offiziellen Motto der Frankfurter Demonstration „Gegen Sozialabbau und Rüstungswahnsinn" zum Ausdruck. Auf der Dortmunder Kundgebung sagte Rudolf Judith vom Geschäftsführenden Vorstand der IGM in bezug auf das vom DGB geforderte 50-Milliarden-Beschäftigungsprogramm: „Einige Tornados oder Kampfpanzer weniger, und wir könnten das ganze Programm einmal rauf- und einmal runterfinanzieren."

Alle Sprecher bei den Kundgebungen wandten sich in scharfen Worten gegen die ersten Sparbeschlüsse der Kohl-Regierung. Der IGM-Vorsitzende Loderer kündigte der Regierung an, wenn der jetzt eingeschlagene Kurs beibehalten würde, gäbe es einen „Dauerkonflikt" mit den Gewerkschaften. Während Loderer aber in Fragen der gewerkschaftlichen Gegenstrategie, beispielsweise bei der Verkürzung der Arbeitszeit, nur allgemein blieb, waren auf allen Demonstrationen die Transparente nicht zu übersehen, auf denen die 35-Stunden-Woche gefordert wurde.

Sehr positiv war auch die Tatsache, daß sich nicht nur erwartungsgemäß viele ausländische Arbeiter an den Protestaktionen beteiligten, sondern daß auch sehr viele Parolen gegen die Ausländerfeindlichkeit mitgetragen wurden. Kollegen von Krupp hatten beispielsweise auf ein Spruchband geschrieben: „Heute Jugendliche weg und Ausländer raus — morgen ist für alle der Ofen aus. Kampf um jeden Arbeitsplatz!"

Scharfer Protest richtete sich bei allen Demonstrationen auch gegen die von Arbeitsminister Blüm geforderte Lohnpause; in Nürnberg wurde in Sprechchören der Ausschluß Blüms aus der IG Metall gefordert. Zu Beginn dieser Woche erwies sich der CDU-Minister erneut als eingefleischter Gewerkschaftsfeind. Er ließ seinen Staatssekretär Vogt erklären, die bei den Demonstrationen von DGB-Sprechern geäußerten Ansichten würden nicht der tatsächlichen Meinung der Arbeitnehmer entsprechen. In der gleichen Weise äußerte sich auch Blüms Minister-Kollege Geißler. Man will offensichtlich den DGB zu einer „radikalen Minderheit" abstempeln. Solche Drohungen müssen ernst genommen werden.



Anhaltende Kämpfe in Ecuador

Generalstreik trotz Ausnahmezustand

Mit militanten Kampfaktionen wehren sich die Werktätigen in Ecuador gegen die Absicht der Regierung, den Brotpreis um 45 Prozent und den Benzinpreis um 120 Prozent zu erhöhen. Am Donnerstag letzter Woche riefen die in der FUT zusammengeschlossenen Gewerkschaften zu einem Generalstreik auf.

Der Streik wurde in allen Teilen des Landes befolgt, obwohl die Regierung in der Nacht zuvor den Ausnahmezustand ausgerufen und damit wichtige demokratische Rechter außer Kraft gesetzt hatte. Alle öffentlichen Versammlungen sind nun verboten; ab 22.00 Uhr gilt eine Ausgangssperre; Schulen und Universitäten wurden geschlossen; die Armee kontrolliert den Verkehr, die Energieversorgung und das Fernmeldesystem.

Trotz dieser Maßnahmen der Regierung gingen die Arbeiter, unterstützt hauptsächlich durch Studenten, am ersten Tag des Generalstreiks auch in machtvollen Demonstrationen auf die Straße. Vor allem in der Hauptstadt Quito und in der Hafenstadt Esmeralda kam es dabei zu heftigen Straßenschlachten mit Armee und Polizei, in deren Verlauf die Werktätigen Barrikaden bauten, und Brände gegen die bewaffneten Staatsorgane legten. Mindestens drei Demonstranten sind dabei von Soldaten ermordet worden, mehrere Hundert wurden verhaftet.

Im Hintergrund der Klassenkämpfe in Ecuador stehen Entwicklungen, die heute nahezu für alle Länder Lateinamerikas kennzeichnend sind: Das Sinken des Rohstoffpreises (im Fall Ecuadors des Ölpreises) hat die Auslandsverschuldung drastisch in die Höhe getrieben. Bei Verhandlungen mit dem hauptsächlich vom amerikanischen Finanzkapital kontrollierten Internationalen Währungsfonds (IWF) hat der IWF der Regierung von Ecuador Bedingungen für die Vergabe weiterer Kredite gestellt, wie eben den Abbau der bisher geltenden Subventionen des Brot- und Benzinpreises.

Die Gewerkschaften haben inzwischen einen unbefristeten Generalstreik für den Fall angekündigt, daß die Preiserhöhungen nicht zurückgenommen werden.

20000 Stahlarbeiter

sorgten am 22.10. für die größte Demonstration, die Völklingen je erlebt hat. Sie demonstrierten ihre Kampfbereitschaft gegen die geplanten 5000 Entlassungen bei ARBED, die ergänzt werden sollen durch Maßnahmen wie Streichung des Weihnachtsgeldes, Wegfall des Härteausgleichs bei Kurzarbeit, Wegnahme der übertariflichen Zuschläge bis zum 31.12.82.

Solch entschlossener Widerstand, der sicher neben Straßendemonstrationen noch direkte Aktionen in den Betrieben erfordern wird, ist bundeswei' vonnöten. Der bundesweite Arbeitsplatz-Vernichtungsfeldzug nimmt ungeheure Ausmaße an. Das mag ein Blick auf Meldungen der letzten zwei Wochen verdeutlichen:

Entlassen wollen: Mannesmann-Demag in Duisburg, Düsseldorf, Hamburg, Jükerath/Eifel, Mönchengladbach und Mannheim 1500 Arbeiter und Angestellte. Krupp-Stahl insgesamt bis Ende 1982 4000, bis Ende März '83 weitere 2000. MBB in seinen sechs norddeutschen Standorten 1500 bis 2000. VFW Lemwerder meldet, 1000 Arbeitsplätze stünden „zur Disposition". Im AEG-Hausgerätebereich sollen 2400 Kolleginnen und Kollegen entlassen werden. Bei Zanker in Tübingen sind durch das Konkursverfahren 1000 Arbeitsplätze in Gefahr. Zum 31.3.83 schließt die Bergbau AG Lippe die Kokerei der Zeche Consolidation (Gelsenkirchen) — 240 Arbeitsplätze werden vernichtet.

Langfristige Entlassungspläne hat die Ruhrkohle AG, die „bis zum Jahr 2000 die Belegschaft auf 100000 abbauen will. 126000 Beschäftigte sind dort jetzt von Kurzarbeit betroffen. Kurzarbeit ist auch in vielen anderen Betrieben angesagt oder bereits in Gang, wobei das oft nur die Vorstufe zu Entlassungen ist. Sie ist geplant bei Magirus in Ulm, wo sich Gerüchte halten (die allerdings dementiert werden), die Belegschaft solle von 10000 auf 5000 abgebaut werden. Bei Bosch sollen während der nächsten Monate etwa 10000 der rund 71000 Beschäftigte jeweils fünf bis sechs Tage kurzarbeiten. Bei KHD Düsseldorf 4500 von 23000 für vier Tage im Dezember und fünf Tage im Januar. Bei Klöckner in Bremen alle 7000 drei Monate lang. Bei Hoesch in Dortmund ist zum Teil Blockstillstand vom 21.10. bis zum 1.11., 10000 Kollegen sind betroffen. Bei BASF Bietigheim wird vom 1.10. bis zum 31.12. kurzgearbeitet.

Das sind einige Zahlen, die unterstreichen, wie wichtig der umfassende und kompromißlose Kampf für die Erhaltung aller Arbeitsplätze im ganzen Land ist.

Kommentar der Woche

Der deutsche Gewerkschaftsbund hat aufgerufen. Es kamen rund eine Viertelmillion Teilnehmer zu den drei Großdemonstrationen. Eine gewaltige Zahl! Zu Tausenden und Abertausenden gingen sie auf die Straße. Arbeiter und Angestellte, Frauen und Männer, Deutsche und Ausländer, Junge und Alte.

Diese Menschen aus der arbeitenden Bevölkerung haben erkannt, daß man gegen Sozialabbau und Rüstungswahnsinn, gegen Arbeitslosigkeit und Lohnstopp-Pläne organisiert Widerstand leisten muß und daß es notwendig ist, dem Krisenkurs der schwarzen Reaktion, die jetzt in Bonn ans Ruder gekommen ist, mit Macht entgegenzutreten.

Machtvolle Arbeiterdemonstrationen

Wie schon vor einem Jahr in Stuttgart, als die Kollegen in Baden-Württemberg das Vorbild zu den jetzigen Demonstrationen lieferten, wurden auch jetzt die vom DGB vorher offiziell geäußerten Erwartungen hinsichtlich der Teilnehmerzahlen haushoch übertroffen. Vor allem für Dortmund gilt das, wo rund 120000 Kolleginnen und Kollegen aus ganz Nordrhein-Westfalen aufmarschierten.

Dieser Mobilisierungserfolg kann sich durchaus mit den aufsehenerregenden Erfolgen der Friedensbewegung messen. Besonders deutlich wird dies, wenn man in Rechnung stellt, daß der vergangene Samstag ja erst die halbe Miete darstellt. Die geplanten DGB-Demonstrationen in Stuttgart, Hamburg, Hannover, Bremen, Kiel, Saarbrücken und Westberlin haben wir ja noch vor uns!

So kann man jetzt schon ohne Übertreibung sagen: Ein gewerkschaftlich organisierter politischer Massenprotest auf unseren Straßen von derartigen Ausmaßen sucht in dieser Republik seit Jahrzehnten seinesgleichen. Das hat es seit den Klassenauseinandersetzungen der unmittelbaren Nachkriegsperiode nicht mehr gegeben!

Es sei erlaubt, noch einen weiteren Vergleich mit den großen Demonstrationen der Friedensbewegung anzustellen (ohne daß dabei verkannt werden soll, daß diese beiden Bewegungen zum Teil ineinander überfließen). In Charakter und Gepräge zeigten sich die DGB-Demonstrationen wesentlich als Arbeiterdemonstrationen. Und genau hier liegt etwas Besonderes und Neues. Hier zeichnen sich offensichtlich Anfänge einer Aktivierung und Politisierung breiter Arbeiter- und Angestelltenschichten ab. Eine Tendenz, die in der Perspektive die politische Landschaft in diesem Bonner Staat einschneidend verändern kann!

In diesem Zusammenhang muß auf einen weiteren wichtigen Apekt bei den DGB-Demonstrationen hingewiesen werden: Die Forderungen und Parolen, die von den Kolleginnen und Kollegen auf ungezählten zumeist selbstgemachten Transparenten und Spruchtafeln mitgeführt wurden, waren in ihrer überwältigenden Mehrheit konkret und kämpferisch, nicht selten von klassenkämpferischen Vorstellungen geprägt. Die sozialpartnerschaftlichen Losungen der DGB-Führung standen überhaupt nicht im Vordergrund. Die Tendenz ging eher in die Richtung der Parole: „Die Reichen haben die Kohlen — bei uns ist nichts zu holen".

Und was noch bemerkenswert ist: Obwohl die DGB-Führung den Versuch gemacht hatte, ihre Mitbestimmungsforderung hochzuspielen und sie dieser Bewegung überzustülpen, waren nur verschwindend wenige Parolen mit dieser Forderung zu sehen.

Es geht hier nicht darum, sich in Illusionen zu wiegen. Der Einfluß der Sozialpartnerschaftspolitik ist immer noch sehr stark. Aber der Gegentrend in die andere, in die klassenkämpferische Richtung nimmt eindeutig zu! Und auf keinen Fall war dieser Aufmarsch der kämpferischen und aktiven Teile der Arbeiterschaft nach dem Geschmack der SPD-Führung. Erst recht nicht war er eine Hilfsveranstaltung für sozialdemokratische Wahlkampfstrategie.

Nein — dies war ein Schritt zur Formierung des Widerstands der Arbeiterklasse gegen den Krisenkurs des Kapitals. Diese Demonstrationen können und müssen den Auftakt bilden für weitere Massenaktionen. Nicht zuletzt für Streikkämpfe zur Abwehr der weiteren Angriffe auf den Reallohn, zur Verteidigung von Arbeitsplätzen, zur Durchsetzung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich.

Hanfried Brenner

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Kommandeurstagung der Bundeswehr

Wörner betont Übereinstimmung mit den USA

Seinen ersten großen Auftritt hatte der neue Kriegsminister Manfred Wörner auf der 26. Kommandeurstagung der Bundeswehr in Hagen. Die dort versammelten 400 Generäle und Admiräle brachten dem neuen Mann auf der Hardthöhe unverhohlene Sympathie entgegen. Generalinspekteur Brandt geriet sogar ins Schwärmen: Zum ersten Mal seit 27 Jahren habe ein Verteidigungsminister den Wehrdienst wieder „Ehrendienst" genannt.

Wörner nannte als vorrangiges Ziel seiner Tätigkeit die Festigung des NATO-Pakts und die Verbesserung der Beziehungen zu den USA. Wo es von amerikanischer Seite „berechtigte Forderungen" gebe, wolle er auf die USA zugehen. Da traf es sich gut, daß bei der Kommandeurstagung auch US-Botschafter Burns zugegen war, der denn auch gleich die Forderungen der amerikanischen Supermacht präsentierte.

Bezeichnend für das Verhältnis der Reagan-Leute zum Kurswechsel in Bonn ist die Tatsache, daß Burns vor der Bundeswehrspitze in Hagen kräftig gegen die frühere Regierung vom Leder zog. Es habe zwar unter Schmidt ein wachsendes Verständnis für die amerikanischen Positionen gegeben, aber „die Taten sind hinter den Worten zurückgeblieben". Und diese Taten werden nun — sicher nicht zu Unrecht — von der neuen Regierung erwartet. Da wäre zunächst einmal das Verhältnis zur Sowjetunion. Hier erinnerte Burns an die „Zweifel" der Reagan-Leute gegenüber der Bonner Entspannungspolitik und forderte zum Schulterschluß mit dem Konfrontationskurs der amerikanischen Supermacht auf.

Als zweites erneuerte der US-Botschafter die bekannte Forderung nach einer kräftigen Aufstockung der Rüstungsausgaben. Und hier werden die amerikanischen Kriegspolitiker immer dreister. Hatten sie von ihren europäischen „Verbündeten" bisher eine jährliche Steigerung der Militärausgaben von 4 Prozent (inflationsbereinigt) verlangt, so fordert NATO-Oberbefehlshaber Rogers jetzt schon 5 Prozent — was unter Einschluß der Inflationsrate einer Erhöhung um 10 Prozent entsprechen würde.



Wörner mit Generalinspekteur Brandt auf der Kommandeurstagung.

Und drittens machte Burns deutlich, daß von der neuen Bonner Regierung auch vollständige Übereinstimmung bei der Ausweitung der NATO-Interessen über „das im Vertrag formell festgelegte Gebiet hinaus" verlangt wird. Und das bedeutet nichts anderes als eine unmittelbare Beteiligung der Bundeswehr an amerikanischen Militäraktionen überall in der Welt (beispielsweise im Nahen Osten). Wenn sich die Reagan-Leute mit dieser Forderung durchsetzen, wäre die BRD direkt in jeden bewaffneten Zusammenstoß zwischen den Supermächten verwickelt, der sich aus solchen Aktionen entwickeln könnte. Und es liegt auf der Hand, daß sich damit auch die Gefahr eines Übergreifens von militärischen Konflikten dieser Art auf das Territorium der Bundesrepublik erhöhen würde.

Wenn Minister Wörner es in Hagen auch vermied, direkt zu den Forderungen von Botschafter Burns Stellung zu nehmen, so ist doch aus seiner Zeit als militärpolitischer Sprecher der CDU/CSU bekannt, daß sich seine Vorstellungen — wie natürlich auch die von Strauß — nahtlos mit dem Kurs von Reagan decken. Wenn Wörner sich jetzt noch zurückgehalten hat, dann ist das mit der Taktik der neuen Regierung zu erklären, noch nicht alle Karten offen auf den Tisch zu legen und ihr reaktionäres Programm schrittweise zu verwirklichen. (Aus dem gleichen Grund hat sich bislang auch Innenminister Zimmermann mit dem Vorstoß gegen demokratische Rechte noch zurückgehalten.)

Zumindest was die Aufstokkung der Rüstungsausgaben betrifft, wird Wörner jedoch aller Voraussicht nach schon bald Farbe bekennen. Zeitlich abgestimmt mit der Kommandeurstagung in Hagen hat die Bundeswehrführung in Vorlagen für den Kriegsminister ein düsteres Bild von der Einsatzfähigkeit der Streitkräfte gezeichnet. Danach besteht beim Heer angeblich eine „kritische Lage"; bei der Luftwaffe gibt es „gravierende Mängel"; in der Flugabwehr und bei der Marine personelle Probleme. Und all diese angeblichen Schwierigkeiten sind — wie sollte es anders sein — nach Ansicht der Bundeswehrführung nur zu beseitigen durch eine „kräftige Steigerung des Wehretats".

Wie hatte doch Lambsdorffs Staatssekretär Schlecht als Gast auf der Kommandeurstagung gesagt? Die äußere Sicherheit sei ein öffentliches Gut und natürlich nicht kostenlos. „Wir müssen dafür auf andere Güter verzichten." Wobei mit dem „wir" selbstverständlich nicht die Herren in Bonn sondern die Werktätigen gemeint sind. Und hier beginnen die Probleme der Wörner und Co. Denn daß die arbeitenden Menschen in unserem Land nicht bereit sind, das Bonner Aufrüstungsprogramm mit dem Abbau von sozialen Leistungen zu bezahlen, hat sich ja jetzt bereits gezeigt. Und genauso wissen Strauß, Kohl und Wörner, die „unbeirrt" am NATO-Raketenbeschluß festhalten wollen, daß ihr vollständiges Einschwenken auf den Reagan-Kurs erheblichen Widerstand hervorrufen wird.

Eine der Maßnahmen, mit denen dieser Widerstand abgeblockt werden soll, ist bei der Kommandeurstagung schon zur Sprache gebracht worden. Wörner beispielsweise forderte die Kultusminister der Länder dazu auf, endlich Empfehlungen für die Behandlung von „sicherheitspolitischen Fragen" im Schulunterricht auszuarbeiten. Man müsse von der Schule erwarten, daß sie jungen Menschen Sinn und Notwendigkeit der Landesverteidigung vermittle. „Es geht nicht an, diese Aufgabe auf die Bundeswehr abzuladen." Man will also verstärkt den Schulunterricht in den Dienst der Militarisierung und der Kriegsvorbereitung stellen. Aber gerade das wird mit Sicherheit neuen Widerstand hervorrufen.

Mitterand in Bonn

Zusammenarbeit bei Atomstrategie vereinbart

Der Besuch einer französischen Regierungsdelegation unter Führung von Präsident Mitterand in Bonn stand ganz im Zeichen militärischer Beratungen. Zum ersten Mal überhaupt wurden zwischen beiden Regierungen sogenannte sicherheitspolitische Konsultationen durchgeführt, die im letzten Jahr zwischen Schmidt und Mitterand vereinbart worden waren.

An konkreten Ergebnissen wurde nur mitgeteilt, daß es künftig regelmäßig zweimal im Jahr Konferenzen der Außen- und Kriegsminister beider Länder geben wird und daß jetzt in Bonn auch über die französische Atomstrategie gesprochen worden sei. Sowohl Mitterand wie auch Kohl zeigten sich in ihren öffentlichen Erklärungen bemüht, jeden Eindruck einer atomaren Komplizenschaft zurückzuweisen.

Solchen Beteuerungen ist natürlich nicht unbedingt zu glauben. Die französische Militärpolitik bringt gerade auch für die Menschen in der Bundesrepublik große Gefahren mit sich. Denn die in Ostfrankreich stationierten und nach Osten gerichteten Atomraketen haben eine Reichweite von etwa 120 Kilometern. Das bedeutet, im Ernstfall würde Frankreich auf dem Boden der Bundesrepublik, beispielsweise durch die Zerstörung Mannheims oder Stuttgarts „verteidigt".

Die Mitterand-Regierung hat dem weiteren Ausbau der Atomstreitkräfte „absolute Priorität" eingeräumt. Sie betreibt gegenwärtig eine umfassende Modernisierung ihres Atomwaffenpotentials, wozu auch die Entwicklung der Neutronenbombe und möglicherweise die Stationierung von atomaren Waffen bei den drei in Westdeutschland (Landau, Trier, Freiburg) Divisionen der ersten Armee gehören.

In jedem Fall also bedeutet die Atomstrategie der französischen Regierung, in deren Rahmen jetzt eine Zusammenarbeit mit Bonn verabredet wurde, eine zusätzliche Gefährdung unseres Landes. Und was die konkrete Form der Zusammenarbeit betrifft, sind schon vor Mitterands Besuch in Bonn öffentlich Spekulationen darüber angestellt worden, daß es zu einer finanziellen Unterstützung der BRD für das französische Atomrüstungsprogramm und im Gegenzug zu einem Bonner Zugriff auf die Technologie zur Herstellung von Atomwaffen kommen könnte.

KPD-Veranstaltung Hannover

„Nein zur Wunschregierung des Großkapitals!"

12. November, 20 Uhr
Hannover-Linden
Gaststätte Glenewinkel, Kötnerholzweg 6

Aufruf für eine linke Wahlkonferenz in Schleswig-Holstein

Wir rufen alle linken, demokratischen Kräfte, Einzelpersonen und Organisationen in Schleswig-Holstein auf, sich an einer Wahlkonferenz zur Vorbereitung der Landtagswahlen und zur Schaffung einer linken, demokratischen Liste zu beteiligen. Die Machtübernahme in Bonn durch die CDU/CSU/FDP-Regierung hat wohl noch klarer gemacht, wohin der Weg gehen soll, wenn es nach dem Willen des Großkapitals geht. Arbeitsplatzvernichtung, Arbeitslosigkeit und Sozialabbau, Abbau der demokratischen Rechte und verschärfte Aufrüstungspolitik, um nur einige Stichworte zu nennen, die diese geplante Politik prägen.

Es ist eine dringliche Aufgabe für die linken Kräfte in unserem Land, heute zu gemeinsamen Antworten auf die Angriffe des Großkapitals zu kommen und sich um einen gemeinsamen Widerstand zu bemühen. Es sind bereits Bewegungen des Widerstands entstanden, die es weiter zu stärken und zu beleben gilt.

Wir wollen und dürfen aber auch die Wahlauseinandersetzung und die Vertretung im Parlament nicht denen überlassen, deren Politik durch die oben genannten negativen Entwicklungen gekennzeichnet ist. Die Landtagsparteien haben zu Recht das Vertrauen vieler Menschen in diesem Land verloren.

Wir meinen, daß wir eine linke Kraft im Parlament brauchen, die die Stimme derer sein muß, die Arbeitslosigkeit und Sozialabbau nicht tatenlos hinnehmen wollen, die den Abbau der demokratischen Rechte und immer neue Aufrüstungspolitik nicht zulassen wollen. Deshalb schlagen wir eine gemeinsame Beratung über die Möglichkeit einer linken, demokratischen Liste zu den Landtagswahlen vor. Einzelpersonen und Organisationen sollten hier die Möglichkeit haben, gleichberechtigt Vorschläge zu machen.

Folgende Personen haben diesen Aufruf als Erstunterzeichner unterzeichnet: (Organisationsnamen diesen nur zur Information)

Thomas Berg (Demokratische Sozialisten) Lübeck

Carmen Hansen (Kommunistische Partei Deutschlands) Lübeck

Sabine Lade (Initiative gegen Arbeitsplatzvernichtung und Sozialabbau) Lübeck

Klara Maria Hansen Lübeck

Jochen Auer (Kommunistische Partei Deutschlands) Kiel

Karl Johannsen (Demokratische Sozialisten) Kiel

Ernst Kiel (Initiative gegen Arbeitsplatzvernichtung und Sozialabbau) Kiel

Ursula Raabe (*Volksfront*) Kiel

Karl Heinz Töper (Arbeiter Kunst und Kulturverein) Kiel

Wer diesen Aufruf ebenfalls unterzeichnen möchte oder weitere Vorschläge für die Konferenz machen möchte, wende sich bitte an:

Thomas Berg, Wesloer Landstr. 8, 2400 Lübeck oder

Carmen Hansen, Hochstr. 63, 2400 Lübeck

Die Konfernez findet am Samstag, den 30. Oktober um 10 Uhr in der Pumpe in Kiel statt.

Uwe Barschel Ministerpräsident in Kiel

Nazi-Freund und Scharfmacher

Vor zwei Wochen ist der ehemalige schleswig-holsteinische Innenminister Uwe Barschel zum neuen Ministerpräsidenten des Landes gewählt worden. Der Wechsel im Amt war notwendig geworden, weil Barschels Vorgänger, Ex-Krupp-Direktor Stoltenberg, von Strauß und Kohl zum neuen Finanzminister in Bonn gemacht worden war.

Der CDU, die mit nur einer Stimme Mehrheit im Kieler Landtag regiert, war der Amtswechsel an der Spitze der Landesregierung sicher höchst unwillkommen. Denn im kommenden März wird gewählt, und man wäre lieber erneut mit Stoltenberg in den Wahlkampf gezogen, den ja auch die SPD-Führer ständig wegen seiner „Kompetenz" loben. Im Gegensatz zu seinem Vorgänger tritt Barschel, eine skandalumwitterte Figur, ganz offen als Scharfmacher auf. Aber es zeigt eben den gegenwärtigen, vom Strauß-Kurs bestimmten Zustand der CDU, daß nicht irgendein anderer Minister, sondern ausgerechnet Barschel die Nachfolge Stoltenbergs antreten konnte.



BGS-Hubschrauber gegen Brokdort-Demonstranten.

Der 38jährige Aufsteiger hat schon früh von sich reden gemacht. Als Schulsprecher im Gymnasium Geesthacht lud er 1962 den prominentesten damals lebenden Faschisten, nämlich Hitler-Nachfolger Dönitz, zu einem Vortrag in die Schule ein. Diese Provokation löste damals Proteste im ganzen Bundesgebiet und auch im Ausland aus. An Barschels Gymnasium führte der Skandal dazu, daß sich der Direktor der Schule das Leben nahm. Barschel selbst aber erklärte noch Jahre später, er könne die ganze Aufregung „immer noch nicht verstehen". Und im vergangenen Jahr, inzwischen Innenminister von Schleswig-Holstein, brachte Barschel seine Hochachtung für den Alt-Nazi Dönitz dadurch zum Ausdruck, daß er gemeinsam mit zahlreichen Faschisten am Begräbnis des Exadmirals teilnahm.

Seine besondere Wertschätzung für Dönitz hat Barschels Karriere jedoch in keiner Weise geschadet. Im Gegenteil: Bereits mit 25 Jahren war er stellvertretender Landesvorsitzender der CDU und heute ist er der jüngste Regierungschef in der Bundesrepublik. 1974 erregte Barschel Aufsehen durch seine „Thesen zur Bildungspolitik", in denen es hieß: „Die politischen Verhältnisse im Land müssen sich in der Personalpolitik widerspiegeln. Der linke Marsch durch die Institutionen macht Lehrer- und Rektorstellen hochpolitisch. Der Extremistenerlaß ist gerechtfertigt. In der Beförderungspraxis muß sichtbar — und zwar geräuschlos — werden, daß unsere Regierung CDU-Freunde am ehesten für geeignet hält, CDU-Politik an Ort und Stelle zu verwirklichen. Die Schulaufsicht muß auch gegen linke Unterwanderung wirkungsvoll sein. Die Schulaufsicht muß den politischen Willen der Regierung vollstrekken. Dieser Wille darf nicht nur zu erahnen sein."

Vor einigen Monaten machte Barschel wieder durch ein Thesenpapier Schlagzeilen, diesmal waren es „Thesen der CDU für die innere Sicherheit", mit denen sich der jetzige Ministerpräsident als Scharfmacher für den Weg in einen Polizeistaat erwies. So ist es denn auch kein Wunder, daß Barschel einer der ersten Befürworter der Demonstrantenbekämpfung mit CS-Gas war, oder daß er sich gemeinsam mit Strauß am nachdrücklichsten dafür eingesetzt hat, daß der FDP-Mann Baum von der Ministerliste für die neue Regierung gestrichen wurde.

Von diesem ultrarechten Kurs war auch Barschels Tätigkeit als Innenminister bestimmt. Im vergangenen Jahr beispielsweise ordnete er eine großangelegte Polizeiaktion gegen die DKP an, weil die illegale Praktiken des Verfassungsschutzes enthüllt hatte. Und Barschel war es schließlich auch, der im Februar 1981 gegen die Brokdorfdemonstration für den größten Polizeiaufmarsch in der Geschichte der BRD sorgte und der es sich dabei nicht nehmen ließ, brutale Übergriffe — wie etwa gegen den Gewerkschaftsblock — persönlich anzuordnen.

SPD in der Opposition

Geschlossen hinter Helmut Schmidt

Die SPD-Bundestagsfraktion, die dem früheren Bundeskanzler manches Mal Schwierigkeiten bereitete, hat nun zu neuen Umgangsformen im Verhältnis zu Schmidt gefunden. Ein erstes Zeichen dafür waren die Ovationen für ihn beim seinem Abgang aus dem Regierungsamt; wenig später bat die Fraktion den stellvertretenden Parteivorsitzenden einstimmig, sich wieder als Kanzlerkandidat zur Verfügung zu stellen.

„Schon lange", so freute sich das Parteiorgan „Vorwärts", „hat es nicht mehr so viel Übereinstimmung bei den Sozialdemokraten, egal ob links oder rechts, gegeben wie nach dem Regierungswechsel in Bonn." Und diese „Übereinstimmung" ist keineswegs auf die Bundestagsfraktion beschränkt. Bei einem Treffen des „Frankfurter Kreises", zu dem 120 auf dem linken Flügel angesiedelte Funktionsträger der SPD angereist waren, sei — so berichtete der „Vorwärts" erfreut — „ein Wort der Parteilinken gegen den früheren Bundeskanzler" gefallen. Im Gegenteil: Die ehemaligen Kanzlerkritiker schwärmten nun von den „Verdiensten" und der „großen Leistung" Schmidts. Da war es dann auch nicht mehr verwunderlich, daß sich der „Frankfurter Kreis" ebenfalls einstimmig für eine Kanzlerkandidatur Schmidts aussprach.

Auf ihren neuen Helden lassen die SPD-Linken nichts kommen. Das mußte auch Karl-Heinz Hansen erfahren, als er in der „taz" die plötzlich ausgebrochene Schmidt-Euphorie seiner ehemaligen Parteigenossen kritisierte. Solche Kritik nämlich, so antwortete ihm der Bundestagsabgeordnete Norbert Gansel, betreibe das Geschäft Genschers. Und bei dieser Gelegenheit holte Gansel auch gleich zu einer Rechtfertigung des opportunistischen Verhaltens der linken Fraktionsminderheit in den beiden letzten Jahren aus. „Genscher setzte seine Hoffnung auf die Linken in der SPD. Auf abweichendes Stimmverhalten im Bundestag und in den Ausschüssen."

Aber da haben die Linken dem bösen FDP-Boß einen dikken Strich durch die Rechnung gemacht, indem sie nämlich trotz aller lautstark geäußerten Kritik im Endeffekt dann doch für den Sozialabbau im Rahmen der Operation 82 und 83 stimmten oder den Raketenkurs von Schmidt unterstützten. Auch die neue Oppositionsrolle hat bei den Linken ganz offenbar nicht zu einem Überdenken ihrer Politik in den letzten Jahren geführt.

Wenn sich heute die Vertreter der schwarzen Reaktion in vielen Bereichen ihrer Politik darauf berufen, sie würden gegenüber dem früheren Schmidt-Kurs eine „Kontinuität" wahren, dann hat das durchaus einen wahren Kern, der darin liegt, daß die jetzt anstehende Wende tatsächlich von der SPD-Regierung vorbereitet worden ist. Es war schließlich Schmidt, der die angebliche Raketenlücke in Westeuropa entdeckt hat, es war ein mehrheitlich sozialdemokratisches Kabinett, das den Einstieg in eine Selbstbeteiligung für Patienten, Kürzungen nahezu aller sozialen Leistungen usw. beschlossen hat.

Die SPD hat nichtnur mit ihrer Regierungspolitik der reaktionären Wende den Boden bereitet, sie hat sich darüber hinaus — vor allem über ihren Einfluß auf die Gewerkschaften — ja auch mit allen Kräften darum bemüht, den Widerstand der Werktätigen gegen den kapitalistischen Krisenkurs möglichst klein zu halten, und den Aufbau einer Kampffront (die heute, nach dem Machtantritt der Strauß-Partei, notwendiger ist denn je) zu sabotieren und im Keim zu ersticken.

Über solche Zusammenhänge aber wollen die SPD-Linken nicht nachdenken. Sie feiern ihr opportunistisches Stimmverhalten im Bundestag nachträglich als Sieg über den Buhmann Genscher, wo es doch nicht zuletzt ihr Verzicht auf eine wirkliche Opposition gegen den reaktionären Schmidt-Kurs war, der insgesamt das Widerstandspotential geschwächt und die politischen Manöver der Konzern- und Bankbosse begünstigt hat.



Ex-Kanzler Schmidt

Und wenn sich die linken Funktionsträger der SPD jetzt in der Opposition einmütig um den früheren Kanzler scharen, dann haben sie wieder einmal die Gelegenheit verpaßt, auf eine notwendige Kurskorrektur zu dringen. Denn es kann ja keine Rede davon sein, daß der jetzt zum Helden aufgebaute Schmidt und sein Führungszirkel nach dem Verlust der „Regierungsverantwortung" den Kurs wesentlich geändert hätten. Der NATO-Doppelbeschluß bleibt ebenso unangetastet wie das Atomprogramm; dem sozialen Kahlschlag, der nun entlang der Linie des Lambsdorff-Papiers beginnt, setzt die neue Oppositionspartei ein Programm entgegen, das weder an die Profite des Großkapitals noch an die ins Unermeßliche steigenden Rüstungsausgaben rührt, sondern das nach alten Rezepten den Werktätigen zusätzliche Steuerabgaben aufbürden will, um damit öffentliche Investitionen zu finanzieren.

Von Leuten, die sich selbst als Sozialisten verstehen, sollte man eigentlich mehr erwarten als die freiwillige Unterwerfung unter ein solches Programm. Aber es sieht so aus, als würden sie sich — berauscht von einigen kämpferischen Tönen, die nun von Schmidt, Apel oder Ehmke angeschlagen werden — nur zu gern in eine neue Arbeitsteilung innerhalb der SPD einfügen, die der „Vorwärts" so beschrieb: „Die Linke habe in der SPD die Funktion für die Öffnung der Partei zu neuen Fragen und zu neuen sozialen Bewegungen zu übernehmen. Sie müsse aber auch dafür sorgen, daß die Themenführerschaft, die die SPD in der Bundesrepublik bis zu Anfang der siebziger Jahre hatte, wieder übernommen werde."

Man will also die Leine für die Linken künftig etwas lockerer halten, um ihnen mehr Auslauf beispielsweise in der Friedensbewegung zu geben — mit dem ausdrücklichen Ziel, dort die „Meinungsführerschaft", sprich: Hegemonie, der Sozialdemokratie herzustellen. Sicher birgt ein solches Unterfangen auch Risiken für die SPD-Führung in sich. Denn unter den neuen Bedingungen werden sich natürlich viele Mitglieder und Anhänger der Sozialdemokratie den Bewegungen gegen Sozialabbau, Kriegsgefahr usw. aktiv anschließen, ohne sich dabei als „Agenten" des Schmidt-Kurses zu betrachten; und gerade die Mobilisierung der von der SPD beeinflußten Werktätigen ist ja eine wesentliche Voraussetzung für Kampferfolge. Darüber hinaus ist der Widerstand gegen die vom Großkapital betriebene Wende durchaus auch ein Boden für die wirkliche Radikalisierung von Teilen der SPD-Basis, für die wachsende Einsicht, daß der Wende nur auf der Grundlage des kompromißlosen Klassenkampfes (und nicht durch Rückkehr zur sozialdemokratischen Variante der Krisenpolitik) begegnet werden kann.

Gerade um solche Einsichten, um einen solchen Prozeß zu fördern, ist es notwendig, jenen oben beschriebenen Integrationsmanövern entgegenzutreten, die darauf abzielen, die Protestbewegungen für eine Politik nach Art von Schmidt zu vereinnahmen.



Parolen auf den DGB-Demonstrationen

„Karenztage bringen Streiktage"

Nicht Mitbestimmungsforderungen und sozialpartnerschaftlich orientierte Losungen bestimmten das Bild auf den DGB-Demonstrationen vom vergangenen Samstag. Nein. Der größte Aufmarsch demonstrierender Arbeiter und Angestellter der letzten Jahrzehnte war geprägt durch die Forderungen der Arbeiterklasse, durch klassenkämpferische Parolen.

Im Vordergrund standen neben der in verschiedenen Variationen erhobenen Forderung, daß die Reichen die Krise selbst bezahlen sollen, Parolen gegen die „Lohnpause", für Reallohnsicherung, für die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, gegen Ausländerfeindlichkeit, gegen Aufrüstung und für Senkung der Rüstungsausgaben, gegen Arbeitsplatzvernichtung. Viele Parolen prangerten die ganze Richtung der Politik der neuen Bonner Regierung an. Immer wieder wurde auch der sofortige Ausschluß des neuen Arbeitsministers Blüm aus der Gewerkschaft gefordert.

Im folgenden führen wir einige der zahlreichen Parolen und Forderungen auf:

- Bei uns gibt's nichts zu holen, die Reichen haben die Kohlen!
- Die Reichen müssen zahlen, wenn Dein starker Arm es will!
- Kollegen der IG Chemie akzeptieren Sozialabbau nie!
- Karenztage bringen Streiktage!
- Sozialabbau und Lohnverzicht, retten Arbeitsplätze nicht!
- Im Kampf um jede Stelle, im Kampf um jede Mark, Ausländer und Deutsche, gemeinsam sind wir stark!
- Schluß mit der Ausländerhetze — gemeinsamer Kampf um Arbeitsplätze!
- Wollt Ihr einen Sozialplan? Nein! Wollt Ihr stempeln gehn? Nein! Was wollt Ihr denn? Wir wollen Arbeit!
- Arbeitsplätze müssen her, nicht die Frau zur Bundeswehr!
- Eisenbahner fordern Loks statt Panzer!
- Hochrüstung und soziale Demontage bringen uns Arbeiter in Rage!
- Bei diesem Arbeitslosenheer — 35 Stunden und nicht mehr!
- 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich jetzt!
- Profitpause statt Lohnpause!
- Wir lassen uns nicht verkohlen!
- Was tun? Über Generalstreik nachdenken!
- Arbeiter jetzt aufgewacht, Strauß will an die Macht!
- Kampfkraft statt Sozialpartnerschaft!

Veranstaltung der Initiative gegen Arbeitsplatzvernichtung und Sozialabbau in Kiel

Am 5. 11. findet in Kiel im Anschluß an die DGB-Demonstration gegen Sozialabbau, Arbeitslosigkeit und Rüstungswahnsinn eine Veranstaltung der Initiative gegen Arbeitsplatzvernichtung und Sozialabbau statt. Thema:

„Der Kampf bei VDM in Frankfurt gegen die Stillegung des Werkes"

Es wird ein Videofilm über den Kampf der VDM-Belegschaft gezeigt. Anschließend Diskussion. Die Veranstaltung beginnt um 19.30 Uhr. Veranstaltungsort ist die „Pumpe" in der Haßstraße.

Veranstaltung der KPD in Bremen

Am 5. November 1982 findet in Bremen eine Veranstaltung der Ortsgruppe Bremen der KPD statt. Das Thema lautet:

„Der Kampf in der Bremer Werftindustrie"

Die Veranstaltung beginnt um 19.30 Uhr. Ort: „Weser Terrassen".

AM RANDE NOTIERT...

Ziemlich daneben lag diese Bergmannskapelle, als sie am morgen vor der Kundgebung bei einem Platzkonzert den alten Schlager „Ich brauche keine Millionen, mir fehlt kein Pfennig zum Glück..." anstimmte. Einige Kollegen buhten, andere konnten sich nur an den Kopf fassen.



Für eine bundesweite DGB-Demonstration in Bonn

Beschluß des Gewerkschaftstages der IG Bau — Steine — Erden

Auf dem 12. ordentlichen Gewerkschaftstag, der in der vergangenen Woche in Frankfurt stattfand, verabschiedeten die Delegierten mit großer Mehrheit einen Beschluß zum Kampf gegen Sozialabbau und Massenarbeitslosigkeit. Darin wird die Verstärkung des gewerkschaftlichen Widerstandes gefordert. Desweiteren wird die Durchführung einer bundesweiten Demonstration in Bonn angeregt. Im Folgenden dokumentieren wir den Beschluß im Wortlaut:

„Die Delegierten des 12. ordentlichen Gewerkschaftstages der IG Bau — Steine — Erden protestieren mit Entschiedenheit gegen den verschärften Abbau sozialer Errungenschaften durch die neue Kohl-Genscher-Regierung. Die Haushaltsbeschlüsse '83 wie auch die Überlegungen von Bundesminister Blüm, eine halbjährliche Lohnpause durchzusetzen, bedeuten eine Umverteilung der Löhne und Gehälter zugunsten der Gewinne der Unternehmer. Sie sind für die Gewerkschaften unannehmbar. Die einzige Antwort der Gewerkschaften kann nur lauten:

Verstärkung des gewerkschaftlichen Widerstands gegen diese unsoziale Politik!

Die Delegierten begrüßen daher die Protestaktionen des DGB Ende Oktober/Anfang November und fordern alle Kolleginnen und Kollegen auf, sich an den Demonstrationen und Kundgebungen zu beteiligen. Sollten diese Aktionen noch keine Veränderung in der Politik der Bundesregierung erreichen, müssen die gewerkschaftlichen Aktionen fortgesetzt werden.

Die Delegierten des 12. ordentlichen Gewerkschaftstages fordern den Bundesvorstand ihrer Organisation auf, in diesem Sinne im DGB aktiv zu werden. Weitere Aktionsmöglichkeiten wären beispielsweise Informationsstände, Flugblattaktionen, Veranstaltungen und Demonstrationen auf örtlicher Ebene.

Als Ausdruck des Protestes gegen Sozialabbau und Massenarbeitslosigkeit muß auch eine bundesweite Demonstration in Bonn in die Überlegung miteinbezogen werden."

Heraus zu den DGB-Demonstrationen gegen Sozialabbau, Arbeitslosigkeit und Lohnstopp-Pläne!

Kiel

29. Oktober. Abmarsch: 17.30 Uhr, Assmus-Bremer-Platz. Von dort Fackelzug zum DGB-Haus und wieder zurück. Schlußkundgebung auf dem Assmus-Bremer-Platz.

Baden-Württemberg

Stuttgart, 30. Oktober: Abmarsch: 11.30 Uhr, Nordbahnhofstraße/Güterbahnhof, Planie-Schillerplatz und Liederhalle. Kundgebung: 12.30 Uhr, Schloßplatz.

Niedersachsen

Hannover, 30 Oktober: Abmarsch: 10.00 Uhr, Freiheitheim Vahrenwald, Bahnhof Hainholz, Eltwerk, Schützenplatz, Hauptbahnhof. Kundgebung: 11.00 Uhr, Klagesmarkt.

Bremen

4. November. Abmarsch: 16.30 Uhr, Bürgerweide, 17.00 Uhr Teerhof (für Teilnehmer, die mit Bussen und PKW kommen). Schlußkundgebung: 18.00 Uhr, Domshof.

Hamburg/Schleswig-Holstein

Hamburg, 6. November: Abmarsch: 10.00 Uhr, Adolf-Schönfelder-Straße und Moorweide. Kundgebung: 12.30 Uhr, Karl-Legien-Platz.

Saarland

Saarbrücken, 6. November: Abmarsch: 10.00 Uhr, Kongreßhalle, Saarbrücken. Kundgebung: 11.00 Uhr, St.-Johanna-Markt.

Westberlin

15. November. Nähere Einzelheiten im nächsten RM.

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

4800 **Bielefeld 1,** Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 **Bochum,** Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110

2800 **Bremen** (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/393888, geöffnet: Mi - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 **Dortmund 1,** Parteibüro der KPD, Ortsgruppe Dortmund, Stollenstr. 12 (Eingang Clausthaler Str.) Tel.: 0231/832328, geöffnet: Fr 17 - 19 Uhr.

4600 **Dortmund 30, Zentrales Büro der KPD,** Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/433691 (92).

4100 **Duisburg 12,** Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: 0203/443014.

4000 **Düsseldorf** (Eller), Kontaktmöglichkeit zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Sa 10 - 12 Uhr.

6000 **Frankfurt 60,** Kontaktadresse: Peter Stecay, Linnéstr. 13, Tel.: 0611/491918.

2000 **Hamburg 6,** Margarethenstr. 58, Tel.: (040) 4300709, geöffnet: Mo-Fr 16-18 Uhr, Sa 9-12 Uhr.

3000 **Hannover 81,** Kontaktadresse südliches Niedersachsen, Wolf-Jürgen Herzog, Bothmerstr. 25, Tel.: (0511) 839653.

7100 **Heilbronn,** Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1.

2300 **Kiel 1,** Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/567702, geöffnet: Mo, Di, Do + Fr 9 - 13 Uhr + 15 - 18 Uhr; Mi 9 - 13 Uhr; Sa 10 - 13 Uhr.

5000 **Köln 30,** Kontaktmöglichkeit zur KPD: Treff- und Lesestube Neue Zeit, Marienstr. 37a, Tel.: 0221/554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.

6700 **Ludwigshafen,** Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: W. Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: 0621/523966.

7000 **Stuttgart 1,** Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/432388, geöffnet: Mo + Fr 16.30 - 18.30 Uhr; Mi 17.30 - 18.30 Uhr; Sa 10 - 12 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 **Berlin 65** (Wedding), Buchladen Roter Morgen, Sprengelstr. 40, Tel.: 030/4653966, geöffnet: Mo - Fr 16 - 18 Uhr; Sa 11 - 13 Uhr.

Bremer Vulkan-Werft — Betriebsrat ging Kompromiß ein

Verteidigung der Arbeitsplätze nicht gelungen

BREMEN. — Die Auseinandersetzungen zwischen Belegschaft und Kapitalisten auf der Bremer Vulkan-Werft (4200 Beschäftigte) sind vorerst beendet. Vulkan-Chef Norbert Henke hatte die Entlassung von 500 Beschäftigten und eine Kürzung der Akkordzeiten um 15 bis 20 Prozent durchsetzen wollen. Gegen diesen Angriff war es auf der Werft verschiedentlich zu Streikaktionen gekommen (vgl. RM 40/82, S. 3).

Am Freitag letzter Woche (15. Oktober), gegen morgen, einigten sich Betriebsrat und Werksvorstand nach 17stündiger Nachtsitzung im Rahmen von Schlichtungsverhandlungen unter Vorsitz eines Bremer Landesarbeitsrichters auf eine Kompromißlösung. Welches sind dabei die wesentlichen Punkte?

Erstens: Nicht 500 Beschäftigte — wie von Henke zunächst gefordert — sondern 290 Kollegen werden **direkt** entlassen. Die übrigen 210 Arbeitsplätze sollen allerdings ebenfalls vernichtet werden, jedoch auf indirektem Weg: Durch Umsetzungen, Fluktuation und vorzeitige Pensionierungen. Das heißt also: An der Vernichtung von 500 Arbeitsplätzen hat sich im Prinzip nichts geändert.

Der zweite Punkt: Die von Henke verlangte Kürzung der Akkordvorgabezeiten um 15 bis 20 Prozent konnte in dieser Form zurückgewiesen werden. Allerdings willigte der Betriebsrat ein, daß die Akkord-Richtsätze für bestimmte Teile der Arbeiterbelegschaft neu festgelegt werden. Diese Neuregelungen der Akkordzeiten sind zwar in Absprache mit dem Betriebsrat durchzuführen, dabei liegt jedoch der finanzielle Umfang der Kosteneinsparung, die das „Sanierungskonzept" als Ganzes erbringen soll, als vorgegebener Rahmen fest: jährlich 50 Millionen Mark.

Alles in allem läßt sich dieses Ergebnis nicht als ein Teilerfolg der Belegschaft bewerten. Vielmehr haben die Vulkan-Kapitalisten ihre Forderungen in wesentlichen Teilen durchsetzen können. Deshalb muß der Ausgang des Konfliktes (der weit über die Vulkan-Werft und auch über Bremen hinaus Beachtung gefunden hat) als eine Niederlage für die Arbeiterseite betrachtet werden.

Dies ist gerade deshalb so enttäusend, weil der Widerstand und die Kampfbereitschaft in der Vulkan-Belegschaft insgesamt erheblich stärker und konsequenter waren, als dies heute in ähnlichen Situationen meist in anderen Betrieben der Fall ist. Ein wichtiger Faktor, der ebenfals zu Hoffnungen Anlaß gab: Bei Vulkan ist die oppositionelle Echolot-Gruppe im Betriebsrat in der Mehrheit. In anderen Betrieben vergleichbarer Größenordnung werden demgegenüber in aller Regel die Betriebsratsmehrheiten durch sozialpartnerschaftlich orientierte, mehr oder weniger unternehmerhörige Cliquen bestimmt.

Es wäre dennoch falsch, die Niederlage der Vulkan-Belegschaft dem Betriebsrat oder gar der Echolot-Gruppe auf das Konto zu schreiben. Insbesondere die Echolot-Kollegen haben große Anstrengungen unternommen, um die Belegschaft zu mobilisieren und so die Möglichkeit einer weitgehenden Abwehr der Angriffe der Vulkan-Kapitalisten geschaffen.

Gewiß ließe sich darüber streiten, ob die von den Echolot-Kollegen eingeschlagene Taktik in manchen Punkten möglicherweise falsch, ob sie immer ganz konsequent auf eine optimale Entfaltung der Kampfmöglichkeiten und der Kampfbereitschaft der Belegschaft ausgerichtet war. Wir wollen in diese Diskussion (die in Bremen bereits begonnen hat) an dieser Stelle nicht eingreifen.

Eines jedoch muß hier in aller Deutlichkeit festgestellt werden: Die eigentliche Verantwortung und Schuld für die Niederlage der Vulkan-Belegschaft liegt bei der örtlichen und überörtlichen Führung der IG Metall. Desweiteren liegt sie bei jenen SPD-Politikern, die ihren Einfluß (die SPD stellt in der Bremischen Bürgerschaft mit 52 von 100 Abgeordneten die absolute Mehrheit) nicht zur Unterstützung des Widerstands der Belegschaft, sondern vielmehr dazu benutzt haben, diesen zu sabotieren und die Kollegen zu verschaukeln (vgl. RM 40/82, S. 3: „Bremer Vulkan-Werft — Auf SPD- und IGM-Führer ist kein Verlaß").

Die Vulkan-Bosse haben den Betriebsrat auf skrupellose Art unter Druck gesetzt, indem sie gedroht haben: „Wenn dem Sanierungskonzept nicht zugestimmt wird, wird der Konkurs des Unternehmens eingeleitet." Es ist ganz klar, daß diese Erpressung für den Betriebsrat ein schwerer Brocken war, weil sich ein Teil der Belegschaft einschüchtern ließ. Es gelang der Werksleitung sogar, kleinere Teile der Belegschaft zu „Aktionen" zu verleiten, mit denen der Betriebsrat gezwungen werden sollte, seinen Widerstand gegen das „Sanierungskonzept" aufzugeben.

Die verantwortlichen IGM-Führungsleute Arno Weinkauf (1. IGM-Bevollmächtigter in Bremen) und Otto vom Steeg (IGM-Bezirksleiter in Hamburg) traten dieser schmutzigen Erpressung und diesen Spaltungsmanövern keineswegs mit der Autorität und Kraft der Gewerkschaftsorganisation entgegen. Im Gegenteil: Sie argumentierten selbst in diese Richtung und setzten ihrerseits ebenfalls den Betriebsrat unter Druck, um ihn zur Kapitulation zu zwingen (gar nicht davon zu reden, daß sie sich weigerten, die Widerstandsaktionen der Belegschaft gewerkschaftlich zu legalisieren und finanziell zu stützen).

Wenn also Henke den zu Beginn der Auseinandersetzung noch ziemlich geschlossenen Widerstand der Belegschaft mit der Zeit erschüttern, wenn er Spaltungstendenzen erzeugen konnte, so nur durch die faktische Mithilfe der genannten Gewerkschaftsbonzen.

Ausschlußantrag gegen Minister Blüm

„Im Arbeitgeberverband besser aufgehoben"

Die Vertrauensleute der IG Metall bei den Krupp-Stahlwerken Südwestfalen in Dillenburg stellten einen Ausschlußantrag gegen den neuen Bundesarbeitsminister Norbert Blüm. Skandalöserweise ist Blüm, der bekanntlich einen allgemeinen Lohnstopp für ein halbes Jahr verlangt, nach wie vor Mitglied der IG Metall. „Die IG Metall ist nach Meinung der Vertrauensleute immer noch eine Kampforganisation und kein Streichorchester", heißt es in der Begründung des Ausschlußantrages. Im folgenden drucken wir die Begründung im Wortlaut ab:

„Wenn Herr Blüm recht hätte, müßte doch die Arbeitslosigkeit durch die letzten Tarifabschlüsse, die weit unter den Preissteigerungsraten lagen, längst beseitigt sein. Hat Herr Blüm eigentlich nicht gemerkt, bzw. sich darüber informiert, daß bei weitaus schlechteren Sozialleistungen und niedriger Kaufkraft in den USA, in England die Arbeitslosigkeit steigt und nicht fällt? Oder will Herr Blüm diese Auswirkungen nicht sehen, weil sie durch seinen konservativen Freund Reagan geschaffen worden sind? Außerdem ist der Vorschlag eine grobe Einmischung in die Tarifautonomie.

Die Vertrauensleute betrachten diesen Vorgang als gewerkschaftsschädigendes Verhalten nach Paragraph 10 der Satzung und fordern daher den Ausschluß von Norbert Blüm aus der IG Metall.

Die Vertrauensleute des Stahlwerks Dillenburg sind der Meinung, daß die IG Metall es nicht nötig hat, Norbert Blüm als Feigenblatt der CDU in ihren Reihen zu dulden. Die IG Metall ist nach Meinung der Vertrauensleute immer noch eine Kampforganistion und kein Streichorchester. Wir sind der Meinung, daß Herr Blüm im Arbeitgeberverband wohl besser aufgehoben ist, als in der IG Metall. Die Vertrauensleute KSW werden den Antrag auf Ausschluß aus der IG Metall in der nächsten Vertreterversammlung der Ortsverwaltung Herborn einbringen."



Protest gegen Entlassungen

Arbeiter von Krupp und Weser AG gingen auf die Straße

Am Mittwoch (20. Oktober) gingen rund 2000 Werftarbeiter der AG Weser in Bremen im Anschluß an eine Betriebsversammlung nicht zurück an die Arbeit, sondern zu einer Protestdemonstration gegen geplante Entlassungen auf die Straße. Die Parolen der Kollegen richteten sich auch gegen Pläne einer Großfusion der beiden Bremer Werften AG Weser und Vulkan, die mehrere tausend Arbeitsplätze vernichten würde. Einen Tag später (am Donnerstag, den 21. Oktober) kam es in Siegen-Geisweid (Sauerland) zu einer Protestdemonstration von 3000 Stahlwerkern der Krupp-Stahlwerke Südwestfalen. Die Kollegen wandten sich voller Empörung gegen die Absicht der Krupp-Bosse, in der Krupp Stahl AG insgesamt mindestens 2800 Beschäftigte zu entlassen. Allein in den Werken Geisweid und Niederschelden der Krupp-Stahlwerke Südwestfalen sind 550 Entlassungen bis März 1983 vorgesehen.



Gesetzentwurf für Lohnraub bei Beamten

Es darf keine Lücke mehr zwischen uns sein!

BONN. — Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) hat den bereits angekündigten Lohnraub im öffentlichen Dienst inzwischen praktisch eingeleitet. Er legte zu diesem Zweck einen Gesetzentwurf zur Besoldungsanpassung für Beamte und Pensionäre vor, der in der vergangenen Woche dem deutschen Beamtenbund zugeleitet worden ist.

Der Gesetzentwurf sieht vor, daß die Beamten eine Besoldungserhöhung von nur 2 Prozent erhalten und zwar erst ab 1. Juli 1983. Nach dem Willen der Regierung soll der Gesetzentwurf noch in diesem Jahr vom Bundestag verabschiedet werden.

Dieser Plan ist vor allem für kleine Beamte mit ihren niedrigen Einkommen eine unerhöhte Zumutung. Ein halbes Jahr „Lohnpause" und dann nur 2 Prozent Erhöhung! Das läuft auf einen Reallohnabbau hinaus, drastischer als alles, was wir diesbezüglich in den letzten drei Jahren erleben mußten. Damit wäre ein neuer Pflock in die lohnpolitische Landschaft gesetzt, der die von den Unternehmerverbänden angestrebte lohnpolitische Wende um einen ganzen Sprung vorantreiben würde.

Die Bundesregierung macht aus dieser lohnpolitischen Funktion des geplanten brutalen Angriffs auf die Besoldung der kleinen Beamten keinen Hehl. Sie ließ bereits verlauten, daß sie eine ähnliche Regelung auch für den Tarifbereich des öffentlichen Dienstes im Auge hat. Das bedeutet, daß das Prinzip der Tarifautonomie von der neuen Regierung auch formal ganz offen übergangen wird.

Letzteres ist in der letzten Lohnrunde zwar auch schon seitens der alten sozialliberalen Regierung mit Ex-Innenminister Baum betrieben worden: Als nämlich versucht wurde, eine zuvor per Gesetz den Beamten verordnete Besoldungskürzung um ein Prozent im öffentlichen Dienst auch auf den Tarifbereich zu übertragen. Der Unterschied liegt allerdings darin, daß jetzt zusätzlich der Bundesarbeitsminister mit seinem (vom Bundeskanzler gedeckten) Vorstoß in Richtung „allgemeine Lohnpause" für alle Lohnabhängigen ebenfalls aggressiv in den Bereich der Lohnpolitik eingebrochen ist.

Dieses mehrspurige Vorstoßen der neuen Regierung in bislang für den Staat mehr oder weniger tabuisierte lohnpolitische Aktionsfelder ist alarmierend. Da mutet es doch wie eine gezielte Verharmlosung an, wenn die DGB-Führung in diesem Zusammenhang lediglich den Vorwurf erhebt, hier versuche der Staat, „Lohnleitlinien" aufzustellen. Lohnleitlinien hat doch die Regierung auch in den vergangenen Jahren immer ausgegeben: Über die von ihr regelmäßig bestellten Wirtschaftsgutachten der sogenannten „Fünf Weisen".

Was jedoch hier von der Kohl-Regierung betrieben wird, das ist bereits ein handfestes Eingreifen des Staates an der Seite und als Parteigänger der Unternehmer, mit dem Ziel, die lohnpolitische Wende gegen die Arbeiterklasse durchzusetzen.

Der stellvertretende DGB-Vorsitzende Gustav Fehrenbach kündigte gegen die lohnpolitischen Absichten Bonns „geschlossenen Widerstand des DGB in seiner Gesamtheit" an. Sein Wort in das Ohr sämtlicher Gewerkschaftsvorstände! Besonders laut in der der IG Bergbau, der IG Chemie, der IG Bau, der Textil und Bekleidung sowie der Nahrung, Genuß, Gaststätten.

Jedenfalls ist es die unbedingte Pflicht jedes aufrechten Gewerkschaftsfunktionärs, sich nach Möglichkeit dafür einzusetzen, daß eine alle Einzelgewerkschaften übergreifende, möglichst lückenlose und möglichst kämpferische Widerstandsfront des DGB gegen diesen Angriff der neuen Regierung entsteht.

Als erster, aktuellster Schritt ist es notwendig, daß die gewerkschaftlich orientierten Beamten jetzt zu Protestmaßnahmen gegen den Gesetzentwurf von „Schwurhand" Zimmermann mobilisiert werden. Und diese Aktionen müssen massiv aus den Einzelgewerkschaften — nicht nur im Bereich des öffentlichen Dienstes — unterstützt werden!

„Türken raus" — bald offizielle Regierungspolitik?

Zur Ausländerpolitik von CDU/CSU und neuer Bundesregierung (3. Teil)

Es gibt zu viele Türken in Deutschland. So hetzen nicht nur die Neonazis, das sagt auch unser neuer Bundeskanzler. Und seine Regierung will darangehen, diesen Zustand zu ändern. „Türken raus" bald als offizielle Regierungspolitik? In den ersten beiden Teilen dieses Artikels wurden wesentliche Teile der Koalitionsvereinbarungen zwischen CDU/CSU und FDP sowie Zielvorstellungen der Unionsparteien untersucht, zuletzt die neuen Anschläge auf das Asylrecht. Dieser letzte Teil befaßt sich hauptsächlich mit Plänen zur Verschärfung des Ausländergesetzes.

Noch ein weiterer Bestandteil der Koalitionsvereinbarungen zur Ausländerpolitik verdient nährere Beachtung. Er zielt auf eine Änderung, eine noch weitergehende **Verschärfung des Ausländergesetzes** ab.

Eine Sonderkommission soll bis Anfang März nächsten Jahres unter anderem untersuchen, wie „wirksamer verhindert" werden könne, „daß Ausländer ihre politischen Auseinandersetzungen im Inland gewalttätig austragen" und wie das „Instrumentarium verbessert" werden könne, „straffällig gewordene Ausländer abzuschieben".

Da ist wieder einmal von den „gewalttätigen Ausländern" die Rede, ohne daß man sich die Mühe macht, die in der Tat recht häufigen, gewaltsamen Auseinandersetzungen bzw. Überfälle auf ihre Hintergründe hin zu untersuchen. Auch dahinter steckt eine bestimmte politische Absicht.

Schon die bisherige Praxis zeigt, daß reaktionäre und faschistische Ausländerorganisationen sich auf dem Gebiet der Bundesrepublik recht wohl fühlen. Jeder kennt die „Grauen Wölfe" des Alpaslan Türkes, der in der Dortmunder Westfalenhalle auftreten durfte und Beziehungen zu Franz Josef Strauß pflegte. Gegen sie wird nichts unternommen, sie werden nicht verboten, obwohl feststeht, daß sie Einwanderer aus der Türkei, die nicht ihre Politik unterstützen, einschüchtern, überfallen und mit dem Tod bedrohen. Würde man gegen sie vorgehen, müßte man ja die ausländischen Antifaschisten und Demokraten und ihre Organisationen in Schutz nehmen. Das aber soll nicht geschehen. In Worten ergreift man keine Partei und spricht allgemein von Gewalttätigkeiten, die unterbunden werden müßten; in der Tat ergreift man Partei für reaktionäre und faschistische Gewaltverbrecher.

Das ist der Hintergrund, auf dem die Regierung neue Maßnahmen fordert. In welche Richtung die gehen sollen, das kann man einem Gesetzentwurf entnehmen, den die CDU/CSU-Fraktion im Bundestag im Mai dieses Jahres einbrachte. (Veröffentlicht als Bundesdrucksache)/1701 vom 1.6.82)

Darin wird als „Problem" die „Gewaltanwendung" im oben charakterisierten Sinne angesprochen, aber nicht nur sie, auch die **„Agitationstätigkeit"** von ausländischen „politischen Extremisten" auf „von Ausländern besuchten Versammlungen" und die **„Verbreiterung der organisatorischen Basis** des politischen Ausländerextremismus". Alle drei Erscheinungen, so befindet die Union, „gefährden die öffentliche Sicherheit in der Bundesrepublik Deutschland". Und weiter: „Das geltende Ausländerrecht, insbesondere der vorhandene Katalog der einzelnen Ausweisungstatbestände des § 10 Abs. 1 des Ausländergesetzes, reicht nicht aus, um in allen Fällen rechtswidriger Gewaltanwendung durch ausländische Extremisten oder bei schwerwiegenden Verletzungen des Vereinsrechts und des Versammlungsrechts eine vor allem **aus Gründen der Generalprävention** regelmäßig gebotene **unverzügliche Ausweisung** von Ausländern zu ermöglichen."

Es folgt der Punkt „B. Lösung". Darin heißt es:

„Unabhängig davon, ob und wann eine strafrechtliche Verurteilung erfolgt, ist eine von einem Ausländer individuell oder gemeinschaftliche aus politischen Gründen begangene Gewalttätigkeit von einigem Gewicht für sich allein mit der Ausweisung zu ahnden. Die gleiche Sanktion droht Vorstandsmitgliedern eines unter Anordnung des sofortigen Vollzuges verbotenen Ausländervereins. **In beiden Fällen haben Widerspruch und Anfechtungsklage keine aufschiebende Wirkung.**

Neben diesen zwingenden Ausweisungsgründen können Verstöße von Ausländern gegen Vorschriften des Versammlungs- und Vereinsrechts oder darauf gegründete Auflagen oder Anordnungen die Ausweisung nach sich ziehen.

Asylbewerber dürfen nur bei schwerwiegenden Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung ausgewiesen werden. Diese liegen stets dann vor, wenn der Asylbewerber wiederholt Freiheitsstrafen verbüßt oder sich auf dem Rauschgiftsektor mit krimineller Energie betätigt hat.

In solchen Fällen kann der Ausländer auch in seinen Heimatstaat abgeschoben werden, wenn ihm dort weder die Todesstrafe noch eine gegen die Menschenwürde verstoßende Behandlung droht.

C. Alternative keine

D. Kosten keine."

Die Unionsparteien und die Herrschenden in unserem Land kostet die Verwirklichung dieses Gesetzes nichts. Uns kostet sie den Verlust eines weiteren Stückes Demokratie, ausländischen Demokraten und Antifaschisten eventuell das Leben.

Von den allgemein „antiextremistisch" gehaltenen Formulierungen darf man sich, wie gesagt, nicht täuschen lassen. Hier geht es gegen demokratische, antifaschistische, kommunistische Organisationen und Einzelpersonen; ihre Abschiebung soll erleichtert werden.

Aber auch eine Abschiebung von Faschisten, die Gewaltverbrechen gegen Antifaschisten begangen haben oder hier ihre Hetze betreiben, ist nicht das Mittel, mit dem ihnen grundsätzlich zu begegnen ist. Faschistische Organisationen von Ausländern müssen — ebenso wie deutsche — verboten und zerschlagen werden. Wer sich faschistisch betätigt oder gar Überfälle und Morde plant oder durchführt, der muß hier bei uns nach geltendem Recht bestraft werden. Eine Ausweisung ausländischer Faschisten kommt doch auch in vielen Fällen einer Strafvereitelung gleich, da sie oft in ihren Heimatländern von den Regierungen geduldet oder gefördert werden. Sie kommen doch in der Regel aus faschistisch regierten Staaten. Für einen Antifaschisten, der in einen solchen Staat ausgewiesen wird, stellt sich die Sache natürlich ganz anders dar.

Die Ausweisung von Antifaschisten aus Westdeutschland hat eine erschreckende Tradition. Besonders bekannt sind von früher her wohl die Fälle, in denen iranische Demokraten und Revolutionäre den Henkern des Schah-Regimes in die Hände geliefert wurden. Manchen, dem solches Schicksal drohte, hat eine starke Solidaritätsbewegung davor bewahrt. (Auch dem würde eine Beschleunigung der Abschiebung entgegenwirken.)

„Unverzügliche Ausweisung aus Gründen der Generalprävention", das ist das Schlagwort der CDU/CSU. Davon bedroht bzw. richtiger: zwingend betroffen sein sollen Ausländer, nicht nur, wenn sie in gewalttätige Auseinandersetzungen verwikkelt sind, sondern schon dann, wenn man ihnen Verstöße gegen das Versammlungs- und/oder Vereinsrecht vorwerfen kann, für Deutsche verhältnismäßig banale Delikte. Gegen das Versammlungsrecht zu verstoßen, dieser Gefahr setzt man sich ja bei jeder Demonstration aus, wenn man irgendwelche schikanösen Auflagen nicht oder nicht sofort befolgt. Der CDU/CSU mache die „Agitationstätigkeit" von Ausländern Sorge, also vor allem das Werben ausländischer Arbeiter für den Kampf um ihre Rechte, sowie der Aufbau fortschrittlicher Ausländervereine, was sie selbst in der Begründung für ihren Gesetzentwurf so formuliert: „Der politische Ausländerextremismus hat sich (...) durch die Gründung von Vereinen eine solide organisatorische und finanzielle Basis in der Bundesrepublik Deutschland geschaffen und dadurch erheblich an Gefährlichkeit gewonnen."

Das bestehende äußerst reaktionäre Ausländergesetz ist den Unionsparteien noch zu liberal, es baut immer noch zu viele juristische Hürden ein. Zum Beispiel wird in der Gesetzentwurfs-Begründung angeführt, fällt es oft schwer, einem Ausländer, der an „Gewalttätigkeiten" beteiligt gewesen sein soll (weil er sich vielleicht gegen Faschisten zur Wehr gesetzt hat...). *nachzuweisen*, daß er damit „die freiheitlich demokratische Grundordnung oder die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland" gefährdet oder „erhebliche Belange der Bundesrepublik Deutschland" beeinträchtigt" habe. Auch will man das Ergebnis von Prozessen nicht abwarten: „Erfahrungsgemäß ziehen sich Strafverfahren gegen politisch motivierte Gewalttäter **wegen der in aller Regel schwierigen Beweisführung** besonders lange hin, so daß die aus generalpräventiven Gründen gebotene sofortige ausländerrechtliche Sanktion des Staates erschwert oder gar verhindert wird. Eine sofortige Ausweisung würde aber potentielle Gewalttäter abschrecken (...)."

Ja, was soll man auch das Risiko eingehen, daß ein Ausländer, den man unbedingt loswerden will, womöglich gar nicht verurteilt werden kann! Erst mal raus mit ihm — zurückkommen wird er schon nicht... So fällt auch bald der letzte Schein der „Rechtsstaatlichkeit", wenn man unter „Rechts-" nicht die politische Richtung verstehen will, die den Kurs dieses Staates ausmacht.

Auf politisch aktive Ausländer, das ist ganz deutlich, kommen unter der neuen Regierung noch härtere Zeiten zu. Hier wird sich in der Tat unsere Solidarität zu bewähren haben.

Den Widerstand organisieren

In diesem Artikel ging es darum, die Ausländerpolitik der neuen Bundesregierung zu skizzieren und anhand einer Untersuchung der bereits formulierten Ziele von CDU und CSU aufzuzeigen, wohin die Entwicklung auch in den Fragen geht, die im Rahmen der Koalitionsvereinbarungen nicht behandelt oder nur am Rande angeschnitten sind. Denn es besteht sicher kein Zweifel — trotz der verschiedentlich in der Presse erwähnten Wortgefechte um bestimmte Bereiche der Ausländerpolitik, etwa die Familienzusammenführung, zwischen Union und FDP — daß hier nicht die Genscherpartei den Ausschlag gibt. Außerdem ist die nun wirklich für jeden Umfaller gut. Für den neuen innenpolitischen Kurs steht Zimmermann, kein Baum, und für den gibt es überhaupt keine Skrupel und kein lästiges Zögern mehr. Höchstens taktisches Kalkül, und das wird auch darüber entscheiden, wie schnell man die beabsichtigten Maßnahmen durchziehen wird. Wobei die Ausländerpolitik eben ein Gebiet ist, auf dem man mit am wenigsten taktische Rücksichten nehmen zu müssen glaubt, und das leider nicht zu unrecht.

Es ging nicht darum, und das dürfte auch deutlich geworden sein, die Verantwortung der bisherigen, SPD-geführten Regierung für die Entwicklung der Ausländerfeindlichkeit und die Verschärfung der ausländerfeindlichen Gesetzgebung herPlatz, er hätte sicher auch das Verständnis des Artikels eher erschwert. Es ist auch klar, daß es vor allem auf Länderebene, und da sei nur das „Arbeiterland" Nordrhein-Westfalen genannt, Vertreter der SPD gibt, die weiter stark ausländerfeindliche Politik betreiben, gegen die man sich wehren muß. Aber es sollte deutlich werden, daß die vielzitierte „Wende", der scharfe Rechtsruck auch auf dem Gebiet der Ausländerpolitik tatsächlich erfolgt, eine beschleunigte Faschisierung, gegen die man sich mit allen Mitteln und unter Einbeziehung aller politischen Kräfte, die diesen Kurs ablehnen, zur Wehr setzen muß. Wir als Kommunisten müssen dazu den uns möglichen Beitrag leisten.

Und den Kolleginnen und Kollegen aus dem Ausland, die ihre Lage erkannt haben und die sich zur Wehr setzen, die müssen wir für uns gewinnen. Der Kampf der kommunistischen Partei für die Befreiung der Arbeiterklasse ist nicht auf Nationalitäten beschränkt. Der Platz der in Westdeutschland lebenden klassenbewußten und revolutionären Arbeiter aus dem Ausland ist in den Reihen der KPD.

Dietrich Lohse



Ausländische und deutsche Kolleginnen und Kollegen demonstrieren gemeinsam für das Recht auf Arbeit und Aufenthalt in Westdeutschland

Bericht eines Dortmunder Antifaschisten

Erfolgreiches deutsch-ausländisches Freundschaftsfest

Im Bereich Innenstadt-Nord von Dortmund ist der Anteil der Ausländer an der Bevölkerung besonders hoch: Rund ein Drittel der dort wohnenden Menschen stammt aus dem Ausland. Den größten Anteil bilden dabei Menschen aus der Türkei. Aber auch viele Griechen, Italiener, Spanier und Menschen aus anderen Ländern findet man hier. Und gerade hier, im Dortmunder Norden, stößt man sehr häufig auf üble ausländerfeindliche Schmierereien, die offensichtlich von NPD-Leuten und anderen Neonazis stammen.

Nachdem bereits im Mai dieses Jahres im südlichen Stadtteil Hörde erfolgreich ein deutsch-türkisches Freundschaftsfest veranstaltet worden war, lag es sozusagen auf der Hand, daß dieses Beispiel nun im Norden Schule machen mußte. Am Wochenende des 2. und 3. Oktober war es dann soweit: Das erste größere deutsch-ausländische Freundschaftsfest im Dortmunder Norden ging über die Bühne.

Und es wurde ein Erfolg. Obwohl die Örtlichkeit, die städtische Jugendfreizeitstätte Burgholzstraße (mit dazugehörendem Sportplatz) etwas ungünstig lag (nämlich nicht direkt in einem Wohngebiet), kamen doch relativ viele Leute zu dem Fest. Weil die Fluktuation der Teilnehmer sehr groß war (das Fest lief immerhin am Samstag von Mittags bis in die Nacht, sowie am Sonntag ebenfalls von Mittag bis zum späten Abend), läßt sich eine genaue Einschätzung der Teilnehmerzahl nur schwer vornehmen. Man kann aber wohl sagen, daß es zwischen 500 und 1000 Leuten waren.

Dennoch waren einige von uns wohl zunächst ein bißchen enttäuscht, weil die Erwartungen, was die Beteiligung der Bevölkerung betrifft, allzu hoch angesetzt worden waren. Aber was solls? Es ist halt einfach nicht realistisch, zu glauben, daß die Massen bei einer solchen Sache nur so anströmen.

Immerhin aber war dies nicht ein Fest, das hauptsächlich durch die „linke Szene" geprägt war, sondern das überwiegend „ganz normale Leute" anzog. Auf diesen Punkt hatten wir bei der gesamten Vorbereitung geachtet. So etwa, indem wir verhinderten, daß das Fest zu einem Propagandaforum für politische Organisationen umfunktioniert werden konnte.

Es wurde ein umfangreiches Kulturprogramm geboten: Das Spektrum ging von dem Kinderliedermacher Klaus Hoffmann über die Kinderfolkloregruppe Spanische Perlen bis hin zu Rock- und Blues-Gruppen. Am Sonntag vormittag trat eine ungefähr 30köpfige Fanfaren-Band aus einem Dortmunder Stadtteil an, die aus Kindern und Erwachsenen bestand. Es gab auch Diskussionsrunden zu den Fragen: „Nehmen die Ausländer den Deutschen die Arbeitsplätze weg?"; Frage der Integration der Ausländerkinder in den Schulen; Problem der rechtlichen und politischen Diskriminierung der ausländischen Mitbürger durch die reaktionären Ausländergesetze. Es gab eine Dichterlesung, auf der unter anderem der Bochumer Dichter Josef Krug zum Teil zweisprachige Texte (deutsch und türkisch) las. Es gab natürlich viel Sport, Spiel und Spaß, vor allem für Kinder. Und es gab auch Leckeres für Gaumen und Magen: Kurdisches Kebab, türkische Fleischspieße, Wein aus Griechenland und Portugal und — nicht zu vergessen — Dortmunder Pils vom Faß...

Besonders fiel die starke Beteiligung von Kindern auf. Am Samstag lag der Schwerpunkt des Programms ohnehin auf

Fortsetzung auf Seite 7

Schandurteil im Berufsverbots-Prozeß

„Das gehört zum Prozeßrisiko"

Entlassener Lehrer soll Bezüge zurückzahlen

STUTTGART. — In Baden-Württemberg reicht es den Behörden nicht mehr, politisch mißliebige Lehrer oder Lehramtsanwärter per Berufsverbot an der Ausübung ihres Berufes zu hindern. Wer gegen ein solches Berufsverbot Klage erhebt und versucht, auf dem Rechtswege eine Aufhebung der Maßnahme zu erwirken, der soll als „Prozeßrisiko" zusätzlich den vollständigen finanziellen Ruin einkalkulieren müssen.

Das Exempel dafür wurde vor kurzem an dem ehemaligen Realschullehrer Hans Schäfer statuiert. Weil er DKP-Mitglied ist, wurde er 1975, damals Beamter auf Probe, aus dem Schuldienst entlassen. Dagegen klagte er.

Das Verwaltungsgericht Stuttgart gab ihm recht. Es bescheinigte dem Gewerkschafter eine ausgeprägt antifaschistische Haltung und außerdem noch Verfassungstreue. Zuvor hatten die Verwaltungsrichter auf Widerspruch Schäfers bereits entschieden, daß die Entlassungsverfügung des Oberschulamtes Stuttgart nicht sofort vollziehbar, sondern bis zur endgültigen Entscheidung aufgeschoben sei.

„Einmalig in der Rechtsgeschichte" nannte Schäfers Anwalt Ulrich Weidner den Trick, mit dem das Oberschulamt die nach dieser Entscheidung eigentlich fällige Weiterbeschäftigung seines Mandanten verhinderte: Es strengte nämlich flugs eine Disziplinaruntersuchung gegen Schäfer an und enthob ihn erneut seines Deinstes. Als Begründung wurde nun nicht mehr mangelnde Verfassungstreue angegeben, sondern „Indoktrination" im Unterricht. Dadurch wurden, entsprechend den Bestimmungen der Landesdisziplinarordnung, die Bezüge Hans Schäfers sofort um die Hälfte reduziert.

Im Juli 1977 bestätigte der Verwaltungsgerichtshof Mannheim dann doch noch das Berufsverbot. Und nun forderte das Landesamt für Besoldung die halbierten Gehälter zurück — insgesamt 50198,40 DM! Mit der abenteuerlichen Begründung, Hans Schäfer sei doch nur „fiktiv" Lehrer gewesen, die zwei Jahre über aber habe er doch gar nicht unterrichtet.

Eine üble Verhöhnung für den Betroffenen, der ja schließlich unterrichten wollte, aber eben nicht durfte. Und der andererseits auch keine andere Tätigkeit aufnehmen konnte, weil er während des Verfahrens immer noch Beamter auf Probe und nicht entlassen war.

Seine Klage gegen die Rückzahlung wurde nun in allen Instanzen abgeschmettert. Der 4. Senat des Verwaltungsgerichtshofs tat das mit der folgenden Begründung, die den Charakter einer Grundsatzentscheidung hat: „Ein entlassener Beamter muß, wenn er die Entlassungsverfügung anficht und wenn er deshalb, weil aufgrund der Aufschiebung des Rechtsbehelfs das einstweilige Fortbestehen des Beamtenverhältnisses fingiert ist, während des Rechtsstreits noch Dienstbezüge erhält, damit rechnen, daß der Prozeß zu seinen Ungunsten ausgeht."

Wenn so ein Prozeß in letzter Instanz verloren sei, dann hätten „das Beamtenverhältnis und damit Ansprüche auf Bezüge seit dem *Entlassungszeitpunkt* nicht mehr bestanden", und der Betroffene müsse sich „grundsätzlich von vornherein darauf einstellen, daß ihm diese Bezüge möglicherweise nicht zustehen und daß er sie daher zurückzuhalten haben wird. **Das ist ein Teil seines Prozeßrisikos.**"

Damit soll man in Wahrheit auch noch dafür bestraft werden, daß man ein Berufsverbot nicht unwidersprochen hinnimmt. Damit wird die Berufsverbotspraxis noch verschärft, die Gleichschaltung im Unterricht marschiert.

Vierzehn Jahre lang soll Hans Schäfer nun Monat für Monat 300 Mark an die Staatskasse Baden-Württemberg zahlen. Wovon er und seine Familie leben sollen, interessiert weder die Behörden noch „Landesvater" Lothar Späth, der ihm auf ein Schreiben hin antwortete, er könne „verstehen", daß die Rückforderungen belastend seien, aber das Besoldungsamt habe nur seine Pflicht erfüllt. Für den Fall, daß Hans Schäfer nicht regelmäßig pünktlich zahle, wurde ihm Zwangsvollstrekkung und Pfändung angedroht.

Wir protestieren entschieden gegen dieses Schandurteil. Verstärken wir die Solidarität im Kampf gegen die Berufsverbote!



Im Rahmen der Kampagne zur Aufhebung der Terrorurteile gegen Markus Mohr und Michael Duffke setzen die Kollegen des Arbeitskreises Leben — Gewerkschafter gegen Atom dieses Plakat ein. Es kann beim AKL für eine Gebühr von nur 30 Pfennig bestellt werden. Bitte wendet euch an AKL c/o Michael Petersen, Gustav-Falke-Straße 2, 2000 Hamburg 13, Tel.: (040) 443946. Dort kann man auch Unterschriftenlisten gegen die Urteile bestellen.

Solidaritätsaufruf für Alexander Schubart

Schubart-Prozeß beginnt

Dieser Tage beginnt der große Prozeß gegen Alexander Schubart im Zusammenhang mit dem Versuch, den Widerstand der betroffenen Bewohner gegen die Startbahn West des Frankfurter Flughafens zu kriminalisieren. Es ist ein Verfahren nach Paragraph 105 StGB (Nötigung von Verfassungsorganen), vom Rang her etwa vergleichbar mit der Rädelsführerschaft bei der Bildung „terroristischer Vereinigungen". Wir dokumentieren im folgenden den Solidaritätsaufruf für Aelxander Schubart, der von einem Solidaritätskomitee herausgegeben wurde und demnächst als Zeitungsgroßanzeige veröffentlicht werden soll. Der „Rote Morgen" hat dieses Vorhaben auch mit einer Spende unterstützt.

Im Oktober 1982, kurz nach den hessischen Landtagswahlen, soll der Strafprozeß gegen den Sprecher der „Arbeitsgemeinschaft Volksbegehren — Keine Startbahn-West", Alexander Schubart, vor dem Staatsschutzsenat am Frankfurter Oberlandesgericht eröffnet werden. Generalbundesanwalt Rebmann beschuldigt ihn in der Anklageschrift, im Zusammenhang mit der Demonstration vom 15.11.1981 am Frankfurter Flughafen, „Nötigung von Verfassungsorganen" (§ 105 StGB) und „Landfriedensbruch in einem besonders schweren Fall" (§ 125 StGB) begangen zu haben. Dafür drohen ihm bis zu 10 Jahre Gefängnis!

Alexander Schubart hat vor eineinhalb Jahren das Volksbegehren über den Bau der Startbahn-West initiiert. Mit diesem Volksbegehren machte die Bürgerbewegung gegen die Flughafenerweiterung den Versuch, den Konflikt mit der hessischen Landesregierung auf friedliche und demokratische Weise zu lösen. Über 300000 Bürgerinnen und Bürger unterschrieben — wie in der hessischen Verfassung vorgesehen — den Antrag auf Zulassung des Volksbegehrens. Der Landesregierung und der Öffentlichkeit war bekannt, daß ein solches Verfahren nach den gesetzlichen Vorschriften eingeleitet worden war und die Unterschriften am 14.11.1981 dem Landeswahlleiter in Wiesbaden übergeben werden sollten.

Dennoch (oder vielleicht sogar deshalb?) begann man kurz zuvor, auf der für den Bau vorgesehenen Waldtrasse mit Holzfällertrupps, Motorsägen und Polizei vollendete Tatsachen zu schaffen. Diese Maßnahme der Landesregierung bewirkte eine unerträgliche Zuspitzung der Situation, schien sie doch eine Entscheidung vorwegzunehmen, über die die hessischen Bürger in einem Volksentscheid selbst abstimmen sollten.

Anläßlich der Übergabe der Unterschriften demonstrierten in Wiesbaden 150000 Menschen aus ganz Hessen. Auf der Abschlußkundgebung forderte Alexander Schubart die Landesregierung auf, nun endlich die Rodungsarbeiten einzustellen und für den Fall, daß sie das Volksbegehren als „unzulässig" zurückzuweisen gedenke, wenigstens eine Entscheidung des Hessischen Staatsgerichtshofs abzuwarten. (Diese Forderung wurde vier Wochen später auch vom Staatsgerichtshofpräsident Nieders selbst an die Landesregierung gestellt, was zu einem Baustopp auf der Startbahntrasse bis zum Urteil des Hessischen Staatsgerichtshofs am 20.1.1982 führte.) Die Regierung solle ihre Entscheidung über einen Baustopp bis zum Mittag des folgenden Tages bekanntgeben.

Die Bürgerinitiative gegen die Startbahn-West hatte beschlossen, eine friedliche Demonstration am Flughafen zu veranstalten, um dagegen zu protestieren, daß die hessische Landesregierung die Anordnung eines Moratoriums ablehnte. Diesen Beschluß gab Alexander Schubart namens der Bürgerinitiative auf der Wiesbadener Kundgebung bekannt.

Aufgrund eines harten polizeilichen Eingreifens gegen die Demonstranten kam es einen Tag später teilweise zu Auseinandersetzungen und Verkehrsstauungen rund um den Flughafen. Von Medien und Strafverfolgungsbehörden wurden diese Vorfälle in einer regelrechten Kampagne zu einer bürgerkriegsähnlichen Situation hochstilisiert. Viele Startbahngegner(innen) wurden in der Folge mit Strafverfahren überzogen. Alexander Schubart wurde bereits am 16.11.1981, ohne die geringste Prüfung des Sachverhalts, von Oberbürgermeister Wallmann, der damit seine Kompetenzen überschritt, vom Dienst suspendiert.

Obgleich Alexander Schubart an der Demonstration vom 15.11.1981 nicht teilgenommen hatte, wird er er — einmalig in der deutschen Justizgeschichte — der Rädelsführerschaft bezichtigt. Dies weisen wir entschieden zurück. Gerade er hat sich stets für eine demokratische, argumentative und gewaltfreie Auseinandersetzung um die Startbahn-West eingesetzt. Wenngleich später Volksbegehren und Volksentscheid von Landesregierung und Justiz nicht zugelassen wurden, kann davon ausgegangen werden, daß breite Kreise der hessischen Bevölkerung diese Vorstellung einer demokratischen Austragung gesellschaftlicher Konflikte teilte und bis heute teilt.

Die Verfolgung Alexander Schubarts mit Mitteln der Strafjustiz und des Dienstrechts kann nur als Einschüchterung unbotmäßigen Engagements verstanden werden. Eine Verurteilung Alexander Schubarts wäre ein Präjudiz für die noch anhängigen über 1000 Strafverfahren gegen Startbahngegner, und käme einer Kriminalisierung der gesamten Bürgerbewegung gegen die Startbahn-West, ihrer Ideen und ihrer Arbeit gleich. Man kann über die Notwendigkeit der Erweiterung des Frankfurter Flughafens gegensätzlicher Auffassung sein. Doch diese Auseinandersetzung muß politisch und nicht mit Mitteln justizieller Disziplinierung und Bestrafung stattfinden. Deshalb ist zu Recht von der breiten Bürgerbewegung die Forderung erhoben worden, keine Startbahngegner zu kriminalisieren. Wir fordern:

- **Freispruch für Alexander Schubart;**
- **Aufhebung der dienstlichen Suspendierung;**
- **kein Berufsverbot für A. Schubart!**

Frankfurt am Main, 20. September 1982

Fortsetzung von Seite 6

Spiel, Spaß, Musik und Tanz für Kinder (bzw. auch Kinder plus Eltern). Ein großer Vorteil war auf jeden Fall, daß auch über die ganze Zeit vielfältige Möglichkeiten für Kinder zum Spielen und Tollen geboten waren (z.B. eine Gummiburg, ein Kinder-Mal-Zelt u.ä.). Gerade bei den Kindern wurde das Ziel, gemeinsam feiern und Spaß haben, Durchbrechen von trennenden sprachlichen und nationalen Barrieren, wohl am besten erreicht.

Aber auch bei den Erwachsenen gab es das. Insbesondere am Sonntagabend, als die Stimmung ihren Höhepunkt erreichte, und Deutsche und Ausländer in ausgelassener Laune sich spontan mit einer Art improvisiertem Volkstanz vergnügten.

Ein Aspekt muß noch hervorgehoben werden: Das Fest wurde von der Stadt Dortmund politisch und finanziell unterstützt. Zu Beginn erschien sogar ein Vertreter des Stadtrates, der diese Unterstützung durch einige einleitende Worte zum Ausdruck brachte. Ferner: Durch eine gewisse finanzielle Hilfe der Stadt war es möglich, ein schönes Zirkuszelt aufzustellen (das ein Podium mit Verstärkeranlage für die Darbietungen der Musik- und Theatergruppen aufwies). Im übrigen fand das Fest ja auch auf dem Gelände und in den Räumlichkeiten einer städtischen Jugendfreizeitstätte statt.

Diese Unterstützung durch die Stadt, aber auch das relativ breite Echo, das unser Fest in der Lokalpresse fand, stellen sicher einen nicht ganz unwichtigen politischen Faktor dar, der den Bemühungen für ein besseres Verhältnis zwischen Deutschen und Ausländern sowie dem Kampf gegen Ausländerfeindlichkeit nützlich ist und sicher dazu beiträgt, weitere Initiativen und Aktionen in dieser Richtung zu fördern.

Ein greifbares Ergebnis des deutsch-ausländischen Freundschaftsfestes im Dortmunder Norden ist es, daß vor allem aus dem Kreis derer, die zur Vorbereitung und Durchführung des Festes seit den Sommermonaten regelmäßig zusammengekommen waren, nun eine Initiative gegen Ausländerfeindlichkeit entstanden ist (parallel übrigens zur „DAFI" — Deutsch-ausländische Freundschaftsinitiative — die in Dortmund-Hörde aus dem dortigen deutsch-türkischen Fest entstanden war.

Zum Schluß möchte ich noch anmerken, daß wir, d.h. die *Volksfront*-Gruppe Dortmund-Nord, wesentlichen Anteil am Zustandekommen sowie an den Vorbereitungen des deutsch-ausländischen Freundschaftsfestes in der Burgholzstraße hatten.

Solidaritätskonzerte

Aufhebung der Urteile gegen Markus Mohr & Michael Duffke
Einstellung aller Strafverfahren

Hamburg, 19./20. November
Großes beheiztes Zelt im Sternschanzenpark

Neumünster, 21. November
Holstenhalle
anschließend Demonstration zur Justizvollzugsanstalt

Bremen, 22. November
Stadthalle

Es spielen:

Schmetterlinge ● Ton Steine Scherben ● Ina Deter + Band ● Gebrüder Engel ● Misty Roots ● Acapulco Gold ● Averlikers ● Blues Kommission ● Treibstoff ● Heatwave ● Knut Kiesewetter ● Die drei Tornados ● Straßenjungs ● Slime ● Druckknöpfe ● Natias Neutert ● Einhard Klucke ● Hans Blues & Boogie

Auftaktveranstaltung
Hamburg, 31. Oktober (Fabrik) mit:
Abi Wallenstein ● Bauer Garn & Dyke ● Averlikers ● Fiasko

Den Stand der Beweisaufnahme ...

im Verfahren gegen Kay Seligmann und Uwe Zabel, der neu aufgerollt werden muß, charakterisieren die AKL-Kollegen in ihren Prozeßnachrichten (Nr. 19) so:

Nach der bisherigen Beisweisaufnahme stellt sich der Vorfall wie folgt dar: Am 28. Februar 1982 geht gemütlich ein Polizist die Straße entlang. Dabei stößt er auf den Lautsprecherwagen des Aktionskreis Leben. Um sich ein bischen die Zeit zu vertreiben möchte der Beamte sich ein wenig mit dem Fahrer des Wagens unterhalten und sagt........



Solidaritätskonto des AKL: Michael Petersen, PSchA Hamburg, Konto 138478-205, BLZ 20010020, Stichwort: Brokdorf-Verfahren

Dortmund

250 000 gegen Sozialabbau, Arb











Frankfurt





eitslosigkeit und Rüstungswahn!



Nürnberg







Alle reden von den Banken — wir nationalisieren sie!

(Bericht aus Mexiko)

Keiner hatte mit diesen Maßnahmen gerechnet, die der scheidende mexikanische Präsident, José López Portillo, in seiner letzten Regierungserklärung am 1.9. verkündete: Nationalisierung der Banken und völlige Devisenkontrolle.

• „Hier beginnt ein anderes Mexiko"
• „Auf dem Weg zur nationalen Unabhängigkeit"
• „Fortsetzung der mexikanischen Revolution"
• Der Beginn einer weiteren historischen Schlacht"
• „Wir sind keine Landesverräter, so die Bankiers"
• „Nationalisierung bedeutet nicht Sozialismus"

So lauteten dann auch die Schlagzeilen nach dem 1.9.82. Riesige von der Regierungspartei und den „Charro"-Gewerkschaften — aber auch von einem Teil der „Linken" — organisierte Unterstützungsdemonstrationen folgten, begleitet von Hunderten von Solidaritäts- und Ergebenheitsadressen der verschiedensten Organisationen, Gewerkschaften, Universitäten, Regionalregierungen usw., veröffentlicht in allen großen Zeitungen und Zeitschriften des Landes.

Der für den 8.9. angekündete aber dann doch nicht durchgeführte „Unternehmerstreik", die ebenfalls in allen Zeitungen veröffentlichte Kritik der Bankiers und Unternehmerverbände an den Maßnahmen der Regierung, charakterisierten die Haltung und das bisherige Vorgehen der unmittelbar und mittelbar Betroffenen.

Was war geschehen, daß sich die Regierung, die jahre-, ja jahrzentelang die Banken gefördert und ihnen faktisch die führende Rolle in der Finanzpolitik des Landes überlassen hatte, zu diesem Schritt gezwungen sah?

Ölrausch und Krise

Eine entscheidende Rolle spielt das Erdöl, das Produkt, das nach den Plänen der Regierung, Mexiko zu einer umfassenden wirtschaftlichen Entwicklung verhelfen sollte.

Die riesigen Erdölfunde Ende der siebziger Jahre sollten zum Motor dieser Entwicklung werden, ungeachtet der schon damals vorhandenen Kritik, sich auf ein einziges Exportprodukt zu stützen. Sämtliche Erfahrungen der Länder mit Monokulturen wurden in den Wind geschlagen, der Ölrausch bestimmte die Politik, die 1976 vom Internationalen Währungsfond (IWF) geforderten Maßnahmen, wie reduzierte Lohnerhöhungen, Aufhebung der Preiskontrollen u.a. garantierten hohe Profitraten.

Bis 1981 verzeichnete die mexikanische Wirtschaft ein kontinuierliches, allerdings sehr unausgeglichenes Wachstum von 5 Prozent im Jahre 1978 und 8 Prozent in den folgenden Jahren. Die Auslandsverschuldung zur Finanzierung der Importe zum Ausbau der Erdölindustrie und anderer damit verbundener Industriezweige stieg zwar ebenfalls, hielt sich jedoch im Rahmen des unter kapitalistischen Staaten „üblichen".

Der erste Einbruch erfolgte am 3.6.1981 mit der — aufgrund der weltweit zurückgegangenen Nachfrage nach Erdöl — erzwungenen Preissenkung für Erdöl um 4 Dollar pro Barrel.

Ungeachtet der somit verringerten Einnahmen durch den Erdölexport beschloß die Regierung unter Lopez Portillo, die bisherigen Entwicklungspläne unverändert weiter durchzuführen. Finanziert werden sollte die entstandene und sich in den weiteren Monaten immer mehr vergrößernde Finanzlücke durch weitere Kredite.

Das, was von manchen als „Argentinisierung" der Wirtschaft bezeichnet wurde, folgte: bisher unbekannte Inflationsraten, Spekulation, Kapitalflucht.

Allein in den beiden Tagen vor der ersten Abwertung des Pesos am 17.2.82 wurden über 900 Millionen Dollar aus dem Land geschafft. Auf die erste Peso-Abwertung um 75 Prozent folgte wenige Tage später die zweite Preissenkung für Erdöl und damit erneut die Notwendigkeit, kurzfristige, aber durch die Peso-Abwertung teurer gewordenen Dollar-Kredite im Ausland aufzunehmen. Angesichts der verstärkten Absatzschwierigkeiten mexikanischer Produkte im Ausland — bedingt durch die allgemeine internationale kapitalistische Krise, aber auch durch Qualitäts- und Preisprobleme (schon Anfang des Jahres war die Inflationsrate in Mexiko dreimal so hoch wie in den USA, dem Haupthandelspartner) — verkündete die Regierung am 19.2. ein „Wirtschaftliches Anpassungsprogramm", so die amtliche Umschreibung für die Krisenpolitik zu Lasten der Werktätigen, das eine Kürzung des Staatshaushaltes um 3 Prozent, die Reduzierung der Importe und weitere Subventionen für die Unternehmer vorsah.

An der Wirtschafts- und Finanzkrise änderte sich dadurch nichts. Der Peso verlor täglich 4 Centavos, die hohen Zinsen für Kredite und die dadurch entstehenden Probleme für den Großteil der Klein- und Mittelbetriebe, sowie die Einschränkung der für die Industrie wichtigen Importe, führten zum Zusammenbruch Tausender von Betrieben, und damit verbunden zur Entlassung von Hunderttausenden von Arbeitern. Die Bauindustrie, die zu 80 Prozent Bauaufträge der Regierung durchführte, entließ allein in diesem Jahr aufgrund der Auftragsrückgänge (Folge der Sparpolitik) über 600000 Bauarbeiter.

Die Beteuerungen der Regierung, daß „alles unter Kontrolle" sei, verstärkten nur noch die Spekulation und die Kapitalflucht. Lopez Portillo erklärte am 1.9., daß innerhalb von wenigen Jahren „eine Gruppe von Mexikanern, beraten und unterstützt von den Banken, **mehr** Geld außer Land geschafft hatte, als alle Eroberer in den vergangenen Jahrhunderten **zusammen**." Er verschwieg, daß er, wie der Großteil der Regierungsmitglieder, zu diesen „antipatriotas" gehört!!

Im Juli stand fest, daß Mexiko mit über 80 Milliarden Dollar Auslandsschulden den ersten Platz in der Weltrangliste der verschuldeten Länder eingenommen hatte.

Der August begann mit einem weiteren drastischen Versuch, die Krise auf dem Rücken der Werktätigen zu bewältigen. Damit ein „Anreiz für die Investition und Produktion" geschaffen wird, wurden die bisherigen Subventionen für wichtige Grundnahrungsmittel, sowie Benzin, Elektrizität und Gas gestrichen, und die so frei gewordenen Gelder an die Unternehmer „umverteilt". Drei Tage später wurde die zweite Peso-Abwertung bekanntgegeben, bzw. sollte das „freie Spiel der Marktkräfte" entscheiden, auf welchem Niveau sich der Peso einpendelt.

Der „run" auf den Dollar begann. Die Spekulation blühte, die Banken machten das Geschäft ihres Lebens.

Der Dollar, der Anfang des Jahres noch für 22,5 Pesos, nach der ersten Abwertung für 38,5 Pesos zu kaufen war, kostete nach dem 5.8. plötzlich 70 Pesos und steigerte sich täglich. Am 31.8., einen Tag vor der Nationalisierung der Banken (und der Festlegung des Wechselkurses auf 70 Pesos pro Dollar) kostete er 110 Pesos.



Mexikanische Ölindustrie

Gerüchteküche

Analog zum galoppierenden Dollar-Preis steigerte sich die Zahl der Entlassungen, der Betriebsschließungen, der Kurzarbeiter, erhöhten sich weiter die Preise und häuften sich die Gerüchte.

„Hast du schon gehört?", „Was weißt du Neues" ... so begann fast jedes Gespräch und es folgte ein Austausch über die neuesten Gerüchte. Die verschiedensten Varianten über angebliche Anschläge auf den Präsidenten, seinen Nachfolger oder andere führende Politiker endeten alle gleich: der Betroffene liegt in einem Krankenhaus in Houston, Texas!

Der zweite „Gerüchtschwerpunkt" befaßte sich mit den zu erwartenden, noch größeren Preissteigerungen bzw. einer allgemeinen Lebensmittelknappheit. Auf anonymen Handzetteln und durch ebenfalls anonyme Telefonanrufe wurden die Hausfrauen aufgefordert, alles nötige **vor** dem 1.9. einzukaufen und am 31.8. einen Kaufboykott durchzuführen: kurz, die aus Chile bekannte „Kochtopfpolitik", el cacerolismo chileno. Wie damals in Chile sollten Panikkäufe provoziert werden mit der logischen Folge einer Lebensmittelknappheit.

Das dritte Lieblingsthema aus der Gerüchteküche war ein möglicher Militärputsch nach oder am 1.9. Die tatsächliche Truppenkonzentration in Mexiko City und die weiteren Truppentransporte aus dem Norden und Süden nach Mexiko City trugen dazu bei, diesen Gerüchten einen „authentischen" Anstrich zu geben, zumal die Informationspolitik der Regierung in all diesen Wochen äußerst knapp war und sich auf die Wiederholung altbekannter Phrasen „Notwendigkeit von Solidarität", „Nationale Einheit", „Ruhe und Gelassenheit" und Zweckoptimismus beschränkte.

In dieses Wirrwarr von Gerüchten und der täglichen Verschärfung der Wirtschafts- und Finanzkrise (Mexiko besaß faktisch keine Dollar-Reserven mehr) schlug die „Nationalisierungsbombe" ein. Mit allen möglichen war in bezug auf Lopez Portillos letzte Regierungserklärung gerechnet worden: mit einem weiteren Appell gegen die Spekulation, einer eventuell befristeten Devisenkontrolle, der Bekanntgabe der Verhandlungsergebnisse mit dem IWF, mit neuen Sparprogrammen, **nicht** jedoch mit der Nationalisierung der Banken und damit dem Angriff auf die Interessen des mexikanischen Finanzkapitals.

Mit steinernen Gesichtern und fassungslos nahmen die Unternehmer- und Bankenvertreter im Parlament diesen Teil der Regierungserklärung auf. Sie und ihre Gesinnungsgenossen von der PAN und der PDM, den beiden offen reaktionären Parteien, bleiben sitzen, als um sie herum die Abgeordneten und Senatoren aufsprangen und applaudierten. „Das ist das Ende der (Unternehmer-) Freiheit, der Beginn des Sozialismus" war ihre erste Reaktion.

Unbegründete Befürchtungen

Diese Unternehmerbefürchtungen sind jedoch — und das wissen sie selber — völlig unbegründet.


Armut in Mexiko

Die Nationalisierung der Banken ist eine Maßnahme im Rahmen des kapitalistischen Systems und wurde als solche auch von den lupenreinen Vertretern des kapitalistischen Systems, den internationalen Bankiers, interpretiert.

Die Rückzahlung der riesigen Kreditschulden Mexikos ist für sie jetzt gesichert.

Der mexikanische Staat, als Interessenvertreter des Gesamtkapitals, traf diese Entscheidung zwar gegen eine der einflußreichsten und mächtigsten Kapitalfraktionen, jedoch im Interesse des kapitalistischen Systems, d.h. zur besseren Förderung des Industriekapitals und damit zur erhofften Überwindung der Krise. Die angekündigte Entschädigung der betroffenen Bankiers, sowie der geplante Verkauf der Industriebeteiligungen der Exprivatbanken zeigen klar, daß keine grundsätzliche Änderung der Wirtschaftspolitik stattgefunden hat.

Die Entscheidung, die Banken zu nationalisieren, hat dann auch mehr politischen als wirtschaftlichen Charakter. Die Unzufriedenheit der Bevölkerung, u.a. aufgrund der galoppierenden Inflation — mit hervorgerufen durch die Spekulationsgeschäfte der Banken — und der rapide Prestigeverlust der Regierung, sollten bekämpft und aufgehalten werden.

Nationalisierung der Banken bedeutet „die Fortsetzung der Revolution", „die Sanierung und den Ausbau der nationalen Einheit und Unabhängigkeit", erfordert den „Einsatz aller Kräfte zur Bewältigung der Krise" ... mit dieser Demagogie wird der ideologische Boden bereitet, um die Forderungen der Werktätigen abzuwürgen und die Krisenpolitik weiter durchzusetzen.

„Alle müssen Opfer bringen"... nach dieser „Logik" der Kapitalisten und ihres Staates, einer „Logik", die bereitwillig von den regierungstreuen Gewerkschaften übernommen wurde und wird, wurden die Kapitalisten durch die Nationalisierung der Banken schon zu ihrem Opferbeitrag gezwungen. Folglich sind jetzt die Arbeiter an der Reihe, die angeblich von der Nationalisierung profitieren. Zugegeben, die Zinsen für Sparkonten wurden von 4 Prozent auf 20 Prozent erhöht, doch wieviele Arbeiter besitzen tatsächlich ein Sparkonto? Zugegeben, die Bankangestellten dürfen sich jetzt gewerkschaftlich organisieren, was ihnen jahrzehntelang verboten war, doch werden ihnen als „Staatsbeamten" nur begrenzte gewerkschaftliche Rechte zugestanden.

Zugegeben, die Dollar-Flucht wurde gestoppt, jedenfalls offiziell, doch wer die mexikanische, tägliche Korruption kennt, weiß, daß die Probleme in Wirklichkeit weiterbestehen.

Doch die führenden Gewerkschaftsvertreter sind bereit, einen Opfergang zu leisten. Kurz nach der Regierungserklärung verkündeten sie, daß sie mit geringen Lohnerhöhungen, auch wenn diese nicht die Inflationsrate ausgleichen, zufrieden sein werden, „damit sich die Krise nicht weiter verschärft"!!!

Einheitsfront gegen Krisenpolitik

Der Monat der „Nationalen Solidarität" ist voll im Gang. Gewerkschaftsbonzen, aber auch einige Unternehmer, übergaben im Scheinwerferlicht der Öffentlichkeit Lopez Protillo dicke Schecks, „um die Auslandsschulden abzutragen". Die nationale Euphorie, als Folge der Nationalisierung, wird nur von wenigen kritischen Stimmen durchbrochen. Die mexikanische Partei (PCM/ML) und einige wenige andere politische Organisationen und unabhängige Gewerkschaften zeigten auf, daß die Nationalisierung **nichts** aber auch gar nichts an der bestehenden Krise und ihrer Abwälzung auf die Werktätigen ändert, und die vorhandene Begeisterung über die Nationalisierung demagogisch genutzt wird, um die neuen, vom IWF als Voraussetzung für die Gewährung neuer Kredite geforderten Sparmaßnahmen durchzuführen.

Es ist schwer, verdammt schwer, gegen die unheimlich geschickte Demagogie der Regierungspartei und der sie unterstützenden Gewerkschaften vorzugehen.

Noch vertrauen zu viele darauf, daß die „revolución mexicana" durch Maßnahmen wie die Nationalisierung der Banken tatsächlich fortgesetzt würde, daß die — auch von der Regierung zugegebene — Ungleichheit und Ungerechtigkeiten in den Besitzverhältnissen Schritt für Schritt abgebaut werden könnten.

Eine erfreuliche Meldung zum Schluß:

110 politische und gewerkschaftliche Organisationen, Initiativen und Gruppen beschlossen am 11.9. die Gründung einer Einheitsfront gegen die Austeritätspolitik und zur Verteidigung der Löhne (Frente Nacional contra la Austeridad y por la Defensa del Salario).

Die wichtigsten Punkte des Minimalprogramms sind:

• **Verteidigung und Erhöhung der Löhne**
• **Verteidigung der Arbeitsplätze, Kampf den Entlassungen;**
• **Kampf gegen die Teuerungspolitik, u.a. Einfrieren der Preise und Mieten;**
• **Kampf für fundamentale demokratische Rechte, gegen die politische Unterdrückung.**

Das beschlossene Minimalprogramm wurde in der ersten Oktober-Woche veröffentlicht.

547 Angeklagte — für 186 Todesstrafe gefordert

Massenprozeß gegen türkische Revolutionäre

EG nimmt Türkeihilfe wieder auf

Ein selbst für türkische Verhältnisse einmaliger Mammutprozeß hat Montag letzter Woche in Ankara begonnen. Angeklagt sind 547 Männer und Frauen, denen Mitgliedschaft in der Organisation Dev Yol („Revolutionärer Weg") vorgeworfen wird. Wenige Tage nach Prozeßbeginn wurde bekannt, daß die EG ihre seit dem Militärputsch vor zwei Jahren gesperrte Türkeihilfe „langsam" wieder aufnehmen will.

Wie aus Brüssel verlautete, soll zunächst die 1980 beschlossene Sonderhilfe wieder laufen. Hier sind zwei konkrete Projekte zur Unterstützung des türkischen Bergbaus inzwischen schon genehmigt worden. Die Generäle können also schon bald mit den ersten Zahlungen rechnen. Immer deutlicher wird, daß die westlichen Imperialisten nur das Manöver mit der von der Junta ausgearbeiteten neuen Verfassung abwarten wollten, um die Militärdiktatur wieder in vollem Umfang mit Finanzspritzen und Waffen zu versorgen.

Dabei haben selbst bürgerliche Journalisten und Juristen feststellen müssen, daß diese neue Verfassung keineswegs die vielbeschworene „Öffnung zur Demokratie" bringen wird, sondern daß sie nur darauf abzielt, dem bestehenden faschistischen Regime einen legalen Anstrich zu geben. Aber in Washington, in Bonn oder Brüssel will man ja gerade nur diese Fassade und nicht wirklich demokratische Verhältnisse in der Türkei. Man hat Evren und seine Junta an die Macht gebracht, um die revolutionäre und demokratische Bewegung in dem Land an der Südostflanke der NATO zu liquidieren, und man verlangt von den Generälen eine Verfassung, die auf Dauer ein Wiedererstarken dieser Bewegung verhindern soll.

Welche perfekte Arbeit die faschistischen Militärs für ihre Hintermänner in den Zentren des westlichen Imperialismus bislang schon geleistet haben, zeigt in aller Deutlichkeit der Prozeß von Ankara. Die Junta hat ihn von langer Hand vorbereitet. Die 547 Angeklagten sind schon während der großen Verhaftungswelle, in der Zeit vom November 1980 bis zum Februar 1981, eingekerkert worden. Unter ihnen sind auch die Genossen Oguzhan Müftüoglu, Nasuk Mitap, Mehmet Ali Yilmaz, Yasin Ketenoglu, Ali Baspinar und Ali Alfatli, die alle dem Zentralkomitee der Dev Yol zugerechnet werden.

Gerade sie wurden einer barbarischen „Sonderbehandlung" durch die Faschisten unterzogen. Man hat sie nach der Verhaftung in die Polizeischule „Yusuf Kahraman" in Ankara geschleppt, wo sie systematische von Angehörigen eines Sonderkommandos der Polizei und des Geheimdienstes MIT gefoltert wurden. Jedesmal, wenn die Folterer kamen, mußte das normale Wachpersonal der Schule verschwinden — man wollte keine Zeugen haben, nicht einmal unter Angehörigen der Polizei.

Auch später, im berüchtigten Militärgefängnis Marmak, wurde weitergefoltert, einer der Dev Yol-Genossen, Behcet Dinlerer, ist an den Folgen dieser Torturen gestorben. Zu der Behandlung, der die jetzt Angeklagten ausgesetzt waren, gehörte auch eine strenge Isolationshaft mit Schlaf- und Essensentzug. So wollte man ihren Widerstand brechen und auf der anderen Seite auch verhindern, daß sie sich auf den Prozeß vorbereiten konnten. Denn die Anklage, die von Staatsanwälten des Militärs zusammengezimmert wurde, umfaßt immerhin 204 umfangreiche Aktenordner, die in der vergangenen Woche per LKW ins Gerichtsgebäude gebracht wurden. Eine Einsicht in dieses Material ist den Angeklagten tatsächlich unmöglich gemacht worden. Ihr Widerstand jedoch konnte nicht gebrochen werden; sie wollen den Prozeß offensiv, als Ankläger gegen das Militärregime führen.

Daß hier nicht, wie es die Faschisten behaupten, isolierte „Terroristen" vor dem Militärgericht stehen, hat Juntachef Evren höchstpersönlich indirekt zugegeben. Bei einer Rede, die er letztes Jahr in Konya hielt, tönte er nämlich, das „Eingreifen" des Militärs sei gerade deshalb notwendig gewesen, weil Dev Yol sonst die Macht in der Türkei übernommen hätte. Welche Dimensionen die Verfolgung revolutionärer Organisationen angenommen hat, zeigt sich in der Tatsache, daß gegenwärtig allein die Zahl der Menschen, die der Mitgliedschaft in Dev Yol angeklagt sind, auf 10000 gewachsen ist.

Und damit steht ein bedeutender Teil des antifaschistischen Widerstands vor Gericht, darunter 766 Bergarbeiter aus Yeni Celtik oder 691 Mitglieder der Stadtteilkomitees von Fatsa, denen es vor dem Putsch gelungen war, eine Besetzung ihrer Stadt durch die Grauen Wölfe und ein Massaker nach Art von Karaman Maras zu verhindern. Am Donnerstag vergangener Woche ist auch in der Hafenstadt Izmir ein Dev-Yol-Prozeß eröffnet worden. Hier werden 178 Genossen angeklagt; gegen 66 von ihnen hat die Staatsanwaltschaft die Todesstrafe beantragt.

Die Militär-Staatsanwälte von Ankara fordern in 186 Fällen die Todesstrafe. Und bei allen Prozessen gegen Dev-Yol-Genossen insgesamt, ist nicht weniger als 1300mal die Todesstrafe beantragt worden. Es kann also für niemanden einen Zweifel geben: Die faschistischen Militärs wollen die physische Vernichtung der revolutionären und demokratischen Bewegung. Während aus den westlichen Hauptstädten nun auch offiziell die Hilfe für die Junta wieder anläuft, bereiten die NATO-Generäle im „Partnerland" Türkei ein Blutbad von kaum vorstellbaren Ausmaßen vor. Und es liegt auf der Hand, daß die neue Regierung in Bonn sie noch weniger als die alte daran hindern wird.

Es ist also an den demokratischen Kräften in der Bundesrepublik und in ganz Westeuropa, eine wirksame Solidarität mit den türkischen und kurdischen Antifaschisten zu organisieren und dafür zu sorgen, daß der Druck auf die Junta in Ankara und ihre Helfershelfer in Westeuropa wieder verstärkt wird.



Militärprozesse (gegen Funktionäre der Gewerkschaft DISK).


Türkische Militärjunta

Kritik an Verfassung verboten

Am 7. November soll in der Türkei über die neue Verfassung abgestimmt werden, mit der sich das Militärregime eine „demokratische" Grundlage verschaffen will. Die Abstimmung über diese Verfassung, in der unter anderem das Streikrecht faktisch aufgehoben wird, ist an sich schon eine Farce, weil sie unter dem brutalen Zwang der faschistischen Militärs stattfindet.

Die Macht der Bajonette allein reicht dem Junta-chef Evren jedoch offenbar nicht aus. Jetzt hat er auch noch jegliche Kritik an dem Entwurf für die Verfassung verboten. Die zynische Begründung: Nur so könne ein „parlamentarisch-demokratisches System unbeschadet und sicher etabliert" werden.

Deutscher Reiseleiter in der Türkei verurteilt

Der 29jährige Reiseleiter Ralph Braun hat in diesem Sommer eine Touristengruppe bei einer Fahrt durch die Türkei betreut. Er unternahm dabei keinerlei besondere Aktivitäten; er tat nur das, was in seinem Beruf üblich ist: Er vermittelte Informationen über das Land, das die Reisegruppe kennenlernen wollte. Und gerade das brachte ihn für mehr als ein Jahr ins Gefängnis.

Bei dem Besch der Stadt Van im Osten der Türkei berichtete Ralph Braun den Touristen auch über die Verfolgung der früher in diesem Gebiet lebenden Armenier (eine nationale Minderheit, die unter dem Regime von Atatürk nahezu vollständig ausgerottet wurde). Von deutschsprechenden Türken, die diese Bemerkung gehört hatten, wurde der Reiseleiter bei den Militärs denunziert. Und für die war Ralph Brauns wahrheitsgemäße Information ein Grund, um den Deutschen sofort zu verhaften.

Seit dem 10. Juni sitzt Ralph nun schon im berüchtigten Militärgefängnis von Diyarbakir. Seiner Mutter, die nach der Verhaftung ihres Sohnes in die Türkei reiste, wurde jeder Kontakt verwehrt. Nicht einmal schreiben darf der Gefangene. In der letzten Woche wurde er nun auch offiziell von einem Gericht veru-teilt: zu 16 Monaten Haft wegen „Beleidigung und Schmähung des Türkentums". Und nicht genug damit. Nach dem Absitzen der Strafe muß er sich noch fünf weitere Monate unter Polizeiaufsicht in der Türkei aufhalten.

Das Bonner Außenministerium, dem ja die Vertretung „deutscher Interessen" im Ausland so sehr am Herzen liegt, hat übrigens noch nichts zur Freilassung von Ralph Braun unternommen. Offenbar ist man dort der Ansicht, der Reiseleiter sei selbst schuld an seiner Lage, wo er doch die sensiblen türkischen Freunde unnötigerweise gereizt hat. Und man konzentriert sich jetzt auf die wahren „deutschen Interessen", beispielsweise auf die Hilfestellung für den Daimler-Konzern, der einen Betrieb für Rüstungsgüter in der Türkei errichten will.


Terror in Kurdistan.

Anordnung der türkischen Militärs

Wer kurdisch spricht, kommt ins Gefängnis

In der Türkei gibt es keine Diskriminierung der Kurden. Das antwortete Genschers Außenministerium — noch zu sozialliberalen Zeiten — auf Proteste gegen entsprechende Praktiken der NATO-Partner am Bosporus. Welch infame Lüge das war, zeigte letzte Woche wieder eine Meldung über den an die Öffentlichkeit gekommenen Geheimbefehl eines türkischen Kriegsrechtskommandanten.

Gewiß, daß die kurdische Minderheit in der Türkei grausamen Verfolgungen ausgesetzt ist, war auch früher schon bekannt. Und als das Auswärtige Amt die Diskriminierung der Kurden schlichtweg leugnete, wußten nicht nur Genschers Gehilfen sehr genau, daß beispielsweise türkische Armee-Einheiten ganze Dörfer in Kurdistan zusammengebombt, daß sie dort willkürlich gemordet und geschändet haben, daß unzählige Kurden allein wegen ihrer Nationalität in den Kerkern der Junta eingesperrt sind.

Der Geheimbefehl Nr. 7130-1299-82, den der Kriegsrechtskommandeur von Diyarbakir, Kemal Yamak, seinen Untergebenen zustellte, systematisiert nun den Terror gegen die Kurden in einer Art, die selbst noch die Unterdrückung der Basken in den dunkelsten Jahren der Franco-Diktatur in Spanien überbietet. Nach diesem Befehl nämlich ist der Gebrauch der kurdischen Sprache nun generell verboten. Er hält fest, daß „keine andere Sprache als die türkische verwendet werden darf."

Und dieser Befehl richtet sich nicht nur gegen diejenigen, die dabei ertappt werden, daß sie ihre Muttersprache sprechen. Auch gegen diejenigen, die das — beispielsweise auf Ämtern — dulden, „werden die Maßnahmen nach Paragraf 140/2 des Kriegsrechts angewandt." Dieser Paragraf bedroht Versuche zur „Spaltung der Türkei" mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren.

In einem muß man Genschers Junta-Freunden recht geben. Von „Diskriminierung" kann hier wahrlich nicht mehr gesprochen werden. Das ist weit mehr. Was Evren uns seine Verbrecherbande in NATO-Uniform planen, das ist die systematische Auslöschung einer ganzen Nation.

Büro von „Turkish Airlines" besetzt

Am vorletzten Samstag besetzten 21 Türken und Kurden das Büro der türkischen Fluglinie in Stuttgart. Mit dieser Aktion wollten die Besetzer auf das Schicksal der Gefangenen im Militärgefängnis von Diyarbakir aufmerksam machen. In Diyarbakir (der RM berichtete darüber) sind mehr als 5000 Kurden unter unmenschlichen Bedingungen eingekerkert. Anfang September war bekannt geworden, daß die Faschisten dort fünf Gefangene ermordet hatten, um einen Hungerstreik der inhaftierten Kurden zu brechen.

Die Besetzer in Stuttgart richteten an das Rote Kreuz und an amnesty international die Forderung, eine Untersuchungskommission in das Militärgefängnis zu entsenden. Außerdem forderten sie die Bildung einer unabhängigen, internationalen Juristenkommission, die in Diyarbakir die Prozesse vor den Militärgerichten beobachten soll.

Schon eine halbe Stunde nach dem Beginn der Aktion in Stuttgart war die Polizei zur Stelle. Sie brach die verschlossene Tür des Büros auf und ging mit Knüppeln gegen die Besatzer vor. Ein Haftrichter kündigte später Verfahren gegen die Teilnehmer der Aktion wegen Hausfriedensbruchs, Widerstands gegen die Staatsgewalt und Freiheitsberaubung an.

Liebe Genossen der Redaktion,

der Schatten eines Helmut Kohl ist selbst im schwarzen Saarland noch zu sehen — und zu spüren. Zu diesem Kohl ist mir eine Geschichte mit Kohle eingefallen.

„Was ist der Unterschied zwischen Kohle und Kohl? — Kohl ist schwärzer!"

Ich hoffe, die beiliegende Geschichte gefällt euch ein wenig.

Mit einem kämpferischen Glück Auf
M. W.

Das verlorene „e"

Die kleine Susanne hatte sich beim Spielen das Bein gebrochen. Zu Anfang war es nicht so schlimm. Die Freundinnen waren sofort nach der Schule zu ihr gekommen und saßen ständig um ihr Bett herum. Sie spielten mit Puppen und sie durfte als Verkäuferin ihre Kunden bedienen.

Aber heute langweilte sie sich sehr. Die Mutter war noch bei der Arbeit, und die Freundinnen hatten sie anscheinend vergessen. Tagsüber war es noch lustig zuzusehen, wie sich die Schatten der Bäume an der Zimmerwand bewegten. Aber jetzt — dunkel und grau war es draußen. Etwas Wehmut überkam sie. Wie gerne hätte sie jetzt die Stimme eines lieben Menschen gehört.

Plötzlich schien es ihr, als höre sie etwas flüstern. Die leisen, zaghaften Stimmen kamen aus einer Holzkiste neben dem Ofen. Diese war gefüllt mit vielen Kohlestücken. Die kleine Susanne erschrak gar sehr und verbarg ihren Kopf ängstlich unter der Bettdecke. Aber die Stimmen wurden immer lauter, und man konnte sie nun klar und deutlich verstehen. Zwei Kohlestücke unterhielten sich miteinander.

„Wie dunkel es hier ist, man kann fast nichts sehen", sagte das eine Kohlestück, das in der rechten Ecke lag. „Wo ich herkomme, Schwester, ist es noch viel dunkler. Es ist so dunkel, daß man sich die Hölle nicht schwärzer vorstellen kann. Aber es war trotzdem sehr angenehm so zwischen den Brüdern und Schwestern. Wir lagen alle fest aneinandergedrückt und Schliefen. Doch plötzlich gab es einen fürchterlichen Knall, und wir kullerten alle auf ein langes Band, das uns schnell fortbrachte. Aber ich wurde nicht sofort hierhergebracht, sondern kam, wie es die Menschen nennen, in einen Kohlebunker.

Hier ist uns etwas schrecklich Schönes passiert. Unter uns gab es ein dickes, eiförmiges Stück Kohle. Dieser Kohleklotz war so schwarz wie kein anderer unter unseren Schwestern und Brüdern. Er hatte das „e" — die Ehre— verloren und nannte sich fortan nicht mehr Kohle, sondern Kohl. Jenes Stück Kohl wollte nun, mächtig und stark wie es war, über die Kohle herrschen. Durch sein Gewicht drohte es uns alle zu zerquetschen, so daß wir am Schluß nur noch Staub sein würden. Einige waren so verzweifelt, daß sie zu zerbrechen schienen. Es war eine schreckliche Zeit. Aber dann sind wir immer mehr geworden — immer größer wurde die Halde unter dem großen Stück Kohl. Und dann, dann ist es geschehen. Eines Tages waren wir so mächtig geworden, daß für das große Stück kein Platz mehr war. Tief unten im Schacht bei Müll und Abfall ist es gelandet. Es war eine wirkliche Erleichterung für uns, ohne Druck zu leben. Siehst du, Schwester, viele kleine Stücke mit Ehre sind stärker als ein großes ohne."

Schritte kamen die Treppe herauf, und die Kohlen verstummten.

„Mutter, schön, daß du kommst. Gib mir doch bitte zwei Stücke Kohle aus der Kiste.

Siehst du, das sind meine Freunde — Karl und Rosa."

Nazi-Anschläge auf KPD-Auto

„Das waren wir, — die NSDAP/Dortmund!"

DORTMUND. — In der Umgebung des zentralen Büros der KPD in Dortmund-Hörde haben Neonazis in den letzten Wochen mehrfach Anschläge auf Autos der Partei und andere Wagen mit linken Aufklebern verübt.

Es war kurz nach unserem Pressefest, als die Wende in Bonn zur Gewißheit wird, da randalieren eines Abends mehrere Personen vor dem KPD-Büro und rütteln an den Rolläden: „Wenn Kohl rankommt, dann geht's euch schlecht!" Neonazis, die sich durch den Regierungswechsel zu neuen Taten ermutigt fühlen.

Einige Tage später, am 11. Oktober, werden die Reifen des KPD-Lieferwagens zerstochen. Aber die Täter vergreifen sich auch an anderen Autos: Der Wagen eines Italieners und zwei weitere Wagen, an denen linke Aufkleber zu sehen sind, werden beschädigt.

Am 22. Oktober werden zwei Genossen, die mit dem Lieferwagen unterwegs sind, vom Fahrer eines überholenden Wagens gewarnt: Ein Vorderreifen verliert Luft. Es stellt sich heraus, daß drei Reifen durch Stiche beschädigt sind. Die Absicht war offensichtlich, daß die Reifen während der Fahrt platzen sollten. Als die Genossen am Abend zurückkommen, haben sich die Täter gemeldet: **„Die beiden Anschläge auf euren Wagen, das waren wir — die NSDAP/Dortmund. Das war erst eine Vorwarnung!"**

Der Anruf war natürlich anonym. Die feigen Attentäter drohen aus dem Verborgenen, wollen einschüchtern. Vielleicht ist es aber doch kein Zufall, daß sich ganz in der Nähe die Wohnung des NPD-Landesvorstandsmitglieds Dümpelmann befindet, in der sich des öfteren Neonazis versammeln...

Die Drohungen der Faschisten sind sicher ernstzunehmen, weil es kein Verbrechen gibt, das ihnen nicht zuzutrauen wäre. Das haben viele von ihnen auch durch brutale Überfälle und Mordtaten bewiesen. Dieser Terror richtet sich keineswegs allein gegen Kommunisten, auch nicht nur gegen politisch engagierte Menschen, bevorzugtes Angriffsziel sind unsere ausländischen Mitbürger. Offenbar ist für die Nazis der Bonner Regierungswechsel ein Signal zu verstärkten Aktivitäten auch gegen ihre politischen Gegner.

Neben notwendigen Maßnahmen zum Schutz ihres Eigentums und einer Strafanzeige hat sich die Hörder Ortsgruppe der KPD mit einer Presseerklärung an die Öffentlichkeit und einem Flugblatt direkt an die Bewohner in der Nachbarschaft des Büros gewandt. Darin informieren die Genossen über die Vorfälle und zeigen die Gefahr auf, die die Nazi-Umtriebe für alle demokratisch gesinnten Menschen darstellen. Sie rufen die Anwohner auf, gemeinsam zu versuchen, die Nazi-Terroristen zu erwischen.

Razzia

Volkskorrespondenz aus Karlsruhe

In Baden-Württemberg bekamen unsere ausländischen Mitbürger am vorletzten Donnerstag (14.10.) einen ersten Hauch von dem eisigen Wind, der jetzt aus Bonn weht, zu spüren. Das Innenministerium hatte für diesen Tag eine Großrazzia gegen „illegale" Ausländer anberaumt, die erste, die seit Jahrzehnten in dieser Dimension stattfand. Mehrere Tausend Polizisten, im Regierungsbezirk Nordbaden waren es allein 1232, waren im Einsatz. Insgesamt wurden 7300 Ausländer überprüft. 443 Ausländer, davon 229 im Regierungsbezirk Karlsruhe, wurden unter dem Verdacht des illegalen Aufenthaltes ermittelt.

Die Razzien fanden in 179 Wohnunterkünften sowie in 160 Betrieben — insbesondere Großbaustellen statt, die jeweils vorher hermetisch von Polizeikräften abgeriegelt wurden. Was den ermittelten Menschen droht, es sind überwiegend türkische Staatsangehörige, erklärte Staatssekretär Robert Ruder umgehend: Man werde die notwendigen ausländerrechtlichen Schritte ergreifen und alle Ausländer ohne gültige Aufenthaltserlaubnis in ihr Heimatland abschieben.

Diese Großrazzia war sicher erst der Anfang, von dem, was die Kohl/Genscher-Regierung unseren ausländischen Mitbürgern zu bieten hat. Immer notwendiger wird es sein, da unsere Solidarität entgegenzustellen.

Einen Beitrag gegen Ausländerfeindlichkeit — für Solidarität und Völkerverständigung — lieferte das Deutsch-Ausländische Freundschaftsfest vor zwei Wochen in Karlsruhe.

150 Mitbürger kamen insgesamt in das Südstadtforum (ein Stadtteilzentrum, in dessen Umgebung auch viele Ausländer wohnen) die sich informieren, feiern und eine ausgezeichnete Stimmung miterleben konnten. Ein prima Ausgangspunkt für eine weitere erfolgreiche Arbeit!

Viele Grüße aus Karlsruhe
Ulrike



In Westberlin werden wieder besetzte Häuser geräumt. Dieser treffende Spruch fand sich am Haus Pflügerstraße 12 in Neukölln am 21.10.

Spendenkampagne zum 5. ordentlichen Parteitag der KPD

Liebe Kollegen, Freunde und Genossen!

Die Spendenaffäre zeigt es wieder einmal klar: Die bürgerlichen Parteien werden durch die Bank vom Monopolkapital ausgehalten. Zig Millionen Steuergelder werden ihnen über dunkle Kanäle und über die Wahlkampfkostenerstattung für ihre arbeiterfeindliche Tätigkeit zugeschanzt.

Unsere Partei hat es dagegen schwer. Als kommunistische Arbeiterpartei verfügt die KPD über keine anderen Einnahmen als die Beiträge und Spenden ihrer Mitglieder und Freunde. Die Finanzkraft der Partei steht und fällt mit der Einsatz- und Opferbereitschaft ihrer Genossen.

Der 5. ordentliche Parteitag rückt näher. Der Parteitag wird in einer Zeit stattfinden, in der die Vertiefung der kapitalistischen Krise, die drohender werdende Kriegsgefahr und das Anwachsen der faschistischen Kräfte die Arbeiterklasse und die Partei vor große Aufgaben stellen. Ohne Geld kann die Partei diese Aufgaben nicht bewältigen, ohne viel Geld gibt es keine Vorbereitung des Sozialismus.

Führen wir deshalb zum 5. Parteitag eine große Spendenkampagne durch!

Unser Ziel:

200000 DM Spenden für die KPD bis zum Jahresende!

Jede Mark für die Partei ist gut investiert — jede Mark für die KPD dient deinen eigenen Interessen, ist eine Mark für die Revolution.

ZK der KPD

Spenden bitte auf folgende Konten überweisen:

KPD, 4600 Dortmund 30, Bank: Stadtsparkasse Dortmund (BLZ 44050199) Kto-Nr.: 321004547.
Postscheckkonto: Postscheckamt Dortmund (BLZ 44010046) Kto-Nr.: 6420 - 467.

* * *

Spenden für die KPD sind im Rahmen der Höchstgrenzen (1800,— DM für Ledige / 3600,— DM für Ehepaare) von der Lohn- und Einkommensteuer absetzbar. Dies bewirkt, daß 22 oder mehr Prozent der Spende vom Finanzamt erstattet werden. Auf Wunsch versenden wir Spendenbescheinigungen. **Spendenbescheinigungen für Privatpersonen können nicht für Spenden ausgestellt werden, die — laut Überweisungsabschnitten — von Zellen oder anderen Gliederungen der Partei gezahlt werden.**

Der Faschismus fällt nicht vom Himmel Aktueller denn je: II. Teil

DER FALL KURT A. BECHER

Im letzten „Roten Morgen" haben wir über die breiten Proteste berichtet, die sich entwickelten, als der Getreidehändler Kurt A. Becher, einer der reichsten Kapitalisten Norddeutschlands, in den Aufsichtsrat der Hapag Lloyd einrücken wollte. Der Grund für die Proteste: Als SS-Offizier hat Becher barbarische Verbrechen begangen — für die er allerdings nie zur Rechenschaft gezogen worden ist. In der ersten Folge unserer Serie wurde Bechers blutiges Wirken in Polen beleuchtet. In dieser Folge gehen wir seinen Spuren in der Sowjetunion und in Ungarn nach.

Mindestens 14000 Menschen in den Pripjet-Sümpfen ermordet ...

Das zweite Kapitel des Faschisten Becher beginnt mit dem Überfall Hitlers auf die Sowjetunion 1941. Wieder wird der SS-Kavallerie eine Sonderaufgabe zugeteilt, nämlich „im rückwärtigen Heeresgebiet", wie das im Rahmen des Unternehmens „Barbarossa" ausgedrückt wird, sollen die Pripjet-Sümpfe systematisch gesäubert werden. Der Befehl lautet:

„Ist die Bevölkerung — national gesehen — feindlich, rassisch oder menschlich minderwertig oder gar, wie es in den Sumpfgebieten sehr oft der Fall sein wird, aus angesiedelten Verbrechern zusammengesetzt, so sind alle, die der Unterstützung der Partisanen verdächtig sind, zu erschießen: Weiber und Kinder sind abzutransportieren, Vieh und Lebensmittel zu beschlagnahmen und in Sicherheit zu bringen. Die Dörfer sind bis zum Erdboden niederzubrennen."

In einem anderen Befehl heißt es:

„Juden sind grundsätzlich als Partisanen zu betrachten" und weiter: „Sämtliche Juden müssen erschossen werden. Judenweiber und -kinder sind in die Sümpfe zu treiben". Und weiter: „Sämtliche Personen im wehrfähigen Alter, die auf der Straße angetroffen werden und sich nicht ausweisen können, sind zu erschießen".

Es ist das besondere Verdienst der Bremer Journalistin Karla Müller-Tupath, gerade dieses Kapital im Leben des Faschisten Becher aufgeklärt zu haben. In zahllosen Zeugenberichten, die Karla Müller-Tupath gesammelt hat, kann sie beweisen, daß die zitierten Befehle auch tatsächlich durchgeführt wurden. Einige wenige Zitate aus diesen Zeugenaussagen: „Ich sah, daß einige Frauen und Kinder auf dem Acker saßen. (...) Es waren drei leichte Maschinengewehre aufgebaut, d. h. im Halbkreis um die Menschengruppe von 15 bis 20 Personen. (...) Bei der Gruppe waren zwei oder drei Kinder. Ich habe selbst gesehen, daß die Menschen mit dem MG erschossen wurden". Oder: „Die Zusammengetriebenen waren in vier Häusern nach Geschlechtern getrennt untergebracht. (...) Bereits auf der Fahrt dorthin kam ich durch Ortschaften, die völlig menschenleer waren. In den Häusern war das Essen z. T. noch auf den Tischen stehengeblieben und die Öfen noch warm. Bei den Zusammengetriebenen handelte es sich also nicht nur um Juden, sondern um die gesamte, in diesem Raum wohnhafte Bevölkerung". Der Zeuge beschreibt nun, wie diese Menschen — darunter auch Mütter mit Babys auf dem Arm — von der SS-Kavallerie erschossen werden.

Durch diese Zeugenaussagen kann nachgewiesen werden, daß allein bis zum 12. August 1941 mindestens 14000 Männer, Frauen und Kinder in den Pripjet-Sümpfen ermordet wurden. Wahrscheinlich liegt die Zahl der Ermordeten um das zwei- bis dreifache höher.

In der gesamten Zeitspanne wurden etwa 300 Menschen täglich umgebracht.



Nazi-Terror in der Sowjetunion.

... als SS-Zugführer und als Schreitischtäter

Becher hat dieses Morden erstens direkt betrieben, als Zugführer des 3. Zuges der 1. Schwadron, — und zwar vom 28. Juli bis zum 5. August 44. Wegen besonderer Verdienste wurde er danach zum 1. Ordonnanzoffizier beim Stab der SS-Kavallerie berufen und hat fortan als Schreibtischtäter die Befehle zum Morden formuliert, und die Vollzugsberichte der Zugführer entgegengenommen.

Becher aber behauptet, von diesen Morden weder gesehen noch gehört zu haben. Daß er lügt, wird nicht nur durch die Zeugenaussagen bewiesen, die seinen Namen nennen, es wird zudem durch den Sonderbefehl Nr. 17 des Reichsführers-SS Himmler belegt. In diesem Sonderbefehl ermächtigt Himmler Becher am 11. Juli 41 „die Tätigkeit der Einsatzkommandos im Kampf gegen das Untermenschentum zu koordinieren und zu überwachen". Zusätzlich existiert ein späterer persönlicher Brief Himmlers an Becher, in dem er ihm anläßlich einer verliehenen Auszeichnung nochmals dankt für seinen „unerschrockenen Einsatz im Kampf gegen das Untermenschentum". Die Existenz und den Inhalt beider Dokumente hat Emmenegger in den 60er Jahren aufgedeckt, allerdings sind beide Dokumente bei den zuständigen Landgerichten auf unerklärliche Weise verschwunden.

Soviel zum zweiten Kapitel in der Kette der faschistischen Untaten des Kurt A. Becher. Die Beweise sind inzwischen erdrükkend und deshalb sah sich auch die Bremer Staatsanwaltschaft gezwungen, gerade wegen dieser mindestens 14000 Morde in den Pripjet-Sümpfen gegen Becher Ermittlungen aufzunehmen.

Beim Holocaust in Ungarn: reibungsloses Zusammenspiel von Eichmann und Becher

Das dritte und letzte Kapitel des Alt-Nazis Becher spielt sich in Ungarn ab. Für seine „Heldentaten", besonders in den Pripjet-Sümpfen hat er inzwischen den Rang eines SS-Obersturmbannführers bekommen, der entstricht dem eines Oberstleutnants beim Militär und es ist der gleiche Rang, den Adolf Eichmann in Ungarn innehatte.

Um die Jahreswende 43/44 steht Hitler-Deutschland bereits an allen Fronten in der Defensive. Anfang März steht die Rote Armee unter General Schukow nur noch 150 Kilometer von der ungarischen Grenze entfernt. Das mit Hitler verbündete Ungarn droht abzuspringen, und deshalb befiehlt Hitler die Besetzung Ungarns. 20000 als Touristen getarnte SS-Agenten werden zur Vorbereitung der Invasion nach Ungarn infiltriert. Am 19. März wird das Land besetzt.

Bei der nun folgenden, totalen Ausräuberung Ungarns, mit der Hilter versucht, dem schon verlorenen Eroberungskrieg eine Wende zu geben, spielen zwei Männer die entscheidende Rolle: Der eine ist Adolf Eichmann als Leiter der Gestapo-Sondereinheit zur „Lösung der Judenfrage" — der andere ist Kurt A. Becher als Leiter des SS-Wirtschaftsamtes und Sonderbevollmächtigter Himmlers. Beide arbeiten Hand in Hand, was Eichmann kurz vor seiner Hinrichtung bestätigte, Becher ab bis heute leugnet.

Tatsache ist, daß die von Hitler gewünschte und für seinen Krieg notwendige Ausräuberung Ungarns nur möglich wurde, durch das mustergültige Zusammenspiel des Judenkommandos, das vernichtete und des Wirtschaftsstabs, der kassierte. Nur auf der Grundlage des hemmungslosen Massenmordes an Hunderttausenden (fast eine Million sollte umgebracht werden) ungarischer Juden war es Becher möglich, die erforderliche Erpressung zu organisieren, die die gezielte und rasche Ausräuberung des Landes garantierte.

In seinem Prozeß berichtet Eichmann, Becher habe ihn geradezu angetrieben, die Deportation und Vernichtung der Juden zu beschleunigen. Nur dadurch, daß die Vernichtungsmaschine Eichmanns auf Hochtou-



Becher

ren lief, wurde **die** Todesangst erzeugt, die Becher brauchte, um den reichen Juden Ungarns Kopfgelder bis zu 2000 Dollar, ja sogar ganze Konzerne abzunehmen für den individuellen Schutzpaß, der ihnen die Ausreise und damit das Leben garantierte, statt in Eichmanns Gaskammern elend zugrundezugehen.

Der dritte Mann im antijüdischen Teufelspakt: ein fanatischer Zionist

Zwei Männer — sagten wir — sind die großen zentralen Antriebsräder dieser diabolischen SS-Maschine, die jetzt über Ungarn, besonders die ungarischen Juden herfällt. Ebenso perfekt wie Eichmann die Technik des Mordens beherrscht, beherrscht auf der anderen Seite Kurt A. Becher die Technik des Terrors und der Erpressung.

Aber die Situation in Ungarn, die diese SS-Maschine vorfindet, ist anders als jede bisherige. Die Rote Armee nähert sich bereits der ungarisch-russischen Grenze. Die Zeit drängt. Andererseits lebt fast ein Drittel der 900000 ungarischen Juden in Budapest. Einen Aufstand wie den des Warschauer Ghettos im April und Mai 43, als sich 30000 verzweifelte Juden fast fünf Wochen gegen deutsche Panzer und Flammenwerfer zur Wehr setzten, einen solchen Aufstand können die Nazis jetzt auf keinen Fall gebrauchen. In einer solchen zugespitzten Situation kann die SS-Maschine nur deshalb ihr tödliches Werk relativ reibungslos vorantreiben, weil es gelingt, einen dritten Mann — einen Juden — einzuspannen, der die Aufgabe hatte, jeden massenhaften Widerstand zu ersticken. Dieser



Aktion gegen Becher.

dritte Mann in Ungarn ist der Rechtsanwalt und Zionist Dr. Reszo Kastner.

In seinen sogenannten Sassen-Memoiren beschreibt Adolf Eichmann die Situation und den dritten Mann:

„In Ungarn lautete mein Auftrag dahin, alle Juden in möglichst kurzer Zeit (...) zu deportieren (...) Man hatte mich selbst, den „Meister", geschickt, um zu verhindern, daß die Juden wie im Warschauer Ghetto revoltieren würden. (...) In Befolgung von Himmlers Direktiven konzentrierte ich mich jetzt auf Verhandlungen mit den jüdischen politischen Führern in Budapest (...) unter ihnen Dr. Rudolf Kastner. (...) Dieser Dr. Kastner war ein junger Mann ungefähr meines Alters, ein eiskalter Rechtsanwalt und fanatischer Zionist. Er erklärte sich bereit dabei mitzuhelfen, die Juden von einem Widerstand gegen die Deportation abzuhalten — und selbst die Ordnung in den Sammellagern aufrechtzuerhalten —, wenn ich ein Auge zudrücken und ein paar hundert oder ein paar tausend junge Juden illegal nach Palästina emigrieren lassen würde". Und Eichmann stellt auch noch nachträglich fest: „Es war ein guter Handel".

Einen zionistischen Staat um jeden Preis, selbst um den Preis des Völkermordes

Wer ist Kastner? Ist er ein Einzeltäter? Ist seine Teilnahme am antijüdischen Teufelspakt mit Eichmann und Becher nur einem einzelnen kranken Gehirn entsprungen?

Dies ist in keiner Weise der Fall. Kastner tritt als Vertreter des Zionismus auf. Hinter ihm steht die wirtschaftlich und politisch mächtige Jewish Agency, deren einziges Ziel es ist, um **jeden** Preis so rasch wie möglich einen zionistischen Staat zu errichten. Den Preis, den dafür bis heute das palästinensische Volk bezahlt hat, das aus seinem Land vertrieben wurde, um diesem zionistischen Staat Platz zu machen, kennen wir. Dieses Volk bezahlt bis heute, auch das libanesische Volk bezahlt mit der Zerstörung seiner Hauptstadt Beirut, mit der Unterdrükkung durch das vom zionistischen Staat ausgehaltene Regime.

Aber vorerst schreiben wir noch das Jahr 1944. Und in diesem Jahr bezahlt in allererster Linie die jüdische Bevölkerung Ungarns mit dem Holocaust. So unglaublich es klingen mag, so ist es doch eine vielfach belegte Tatsache, daß die Zionisten gerade in dem Holocaust, den die Nazis in Ungarn begehen, ihre Chance zur Errichtung des Staates Israel sehen. Freiwillig wären weder die paar tausend **jungen** Juden, von denen Eichmann spricht, bereit gewesen, diesen geplanten Staat Israel mit aufzubauen, und schon gar nicht wäre die kapitalistische Prominenz unter den Juden Ungarns von sich aus bereit gewesen, das Land zu verlassen, um sich in Palästina niederzulassen. Gerade um diese reichen Juden aber ging es den Zionisten in erster Linie. Schon 1933 werden die Weichen für diesen Teufelspakt gestellt. Bereits zu diesem Zeitpunkt schließen die Zionisten mit Hitler das sogenannte Haavara-Abkommen, das die Abwanderung vermögender Juden aus Deutschland nach Palästina regelte.

Grauenvolles Trio: Kastner, Eichmann, Becher

Ohne auf Einzelheiten weiter einzugehen, wird klar, daß Kastner nicht zufällig zum integralen drittenAntriebsrad in der SS-Maschine wird, neben Eichmann und Becher.

Kastner und die zionistische Bewegung brauchen den Völkermord, den Eichmann und Becher organisieren, weil er allein den Druck schafft, die für den von ihnen geplanten Staat notwendigen Menschen bereitzustellen.

Eichmann braucht Kastner, um seinen Völkermord reibungslos über die Bühne zu bringen.

Und **Kurt A. Becher** braucht beide, um die größtmöglichen finanziellen Mittel für das durch den Krieg schon lange ausgeblutete Hitler-Deutschland bereitzustellen.

Alle drei handeln im Auftrag ihrer faschistischen Ideologie.

Andererseits zeigen gerade die Ereignisse des Jahres 44 — die Siege der antifaschistischen Koalition fast aller europäischen Völker an allen Fronten, den drei Völkermördern in Ungarn, daß — Auftrag hin, Auftrag her — sie alle drei sich offensichtlich auf einem sinkenden Schiff befinden, von dem unter Umständen schon alsbald die eigene Haut zu retten ist. Neben der Erfüllung ihrer jeweiligen Aufgaben fangen zunächst Kastner und Becher schon in Budapest an, sich vorischtig und noch unsicher einer neuen Interpretation ihres Völkermordes zu nähern, nämlich der, daß sie beide zumindest **Juden gerettet hätten**: Kastner hätte ein paar hundert gerettet und Becher immerhin den Juden Kastner.

(Wird fortgesetzt)

Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!

KIZIL ŞAFAK

Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

Sayı 43, 29 Ekim 1982 Yıl: 16 1 DM

Her hafta Cuma günü çıkar



DGB Dortmund'da, Nürnberg'te ve Frankfurt'ta yürüyüş düzenledi:

250 bin işçi sosyal hakların kısıtlanmasını ve işsizliği protesto etti

DGB'nin geçen hafta sonunda Dortmund'da, Frankfurt'ta ve Nürnberg'te düzenlediği yürüyüşlere beklenenden daha fazla işçi ve emekçi katıldı. Örneğin Dortmund'da düzenlenen yürüyüşe 50 bin işçinin katılacağı tahmin edilirken, 120 bin işçi ve emekçi geldi. Eyleme katılan göstericiler miting alanı olan Dortmund-Hansaplatz'a bile sığmıyorlardı. Kuzey Ren Vestfalye'nin her tarafından sendikacılar 9 özel trenle ve yaklaşık 1400 otobüsle Dortmund'a geldiler. Yeni hükümetin anti-sosyal tasarruf politikasına karşı düzenlenen bu yürüyüş, Dortmund'da yapılan en büyük kitle eylemiydi.

Aynısı Nürnberg için de geçerlidir. Burada DGB'nin düzenlediği yürüyüşe 70 bin işçi ve emekçi katıldı. 30 yıl önce İşyeri Teşkilat Kanunu'na karşı yapılan yürüyüşten bu yana Nürnberg'te bu tür muazzam bir yürüyüş gerçekleşmemişti. Buna karşılık Frankfurt'ta ise 60 bin işçi arkadaş yürüdü. Bu görkemli eylemler önümüzdeki dönemde Federal Almanya'nın diğer şehirlerinde de yapılacak sendikal yürüyüşlerin sadece bir başlangıcıydı.

Sadece kitle katılımı sendikal protesto eylemlerine yeni bir nitelik kazandırmıyordu. Aynı zamanda işçi ve emekçilerin taşıdıkları pankartların üzerindeki talepler ve sloganlar da sermayenin ve onun hükümetinin saldırılarına karşı cephe alındığını gösteriyordu. Bu yürüyüşlerde DGB yöneticilerinin sık sık sözünü ettikleri "bunalımın yüklerinin eşit paylaşımının" izi dahi yoktu. Taşınan pankartlarda, flamalarda ve atılan sloganlarda daha ziyade bunalımın faturasını zenginlerin ödemesi gerektiği talep ediliyordu.

Bu yürüyüşlerde dikkati çeken diğer bir nokta ise sosyal hakların kısıtlanması ile çılgınca silahlanma arasında açıkca bir bağın kurulması gerçeği idi. Bu yöndeki görüşler sadece katılan kitlenin attığı sloganlarla değil, aynı zamanda "sosyal hakların kısıtlanmasına ve çılgınca silahlanmaya karşı" adı altında yapılan Frankfurt yürüyüşünün resmi şiarı da dile getiriyordu. Bunun yanı sıra Dortmund mitinginde konuşan İGM Yönetim Kurulu üyesi Rudolf Judith DGB'nin talep ettiği 50 milyarlık çalışma programına ilişkin olarak şunları söyledi: "Bir kaç Tornado ya da savaş panzeri az yapmakla, hemen hemen tüm programı finanse edebiliriz."

DGB mitinglerinde konuşan tüm konuşmacılar sert bir dille Kohl Hükümeti'nin ilk tasarruf kararlarına karşı çıktılar. İGM Başkanı Loderer hükümetin şimdi izlediği çizgiyi sürdürmesi halinde sendikalarla "sürekli bir çatışmaya" gireceğini bilmesi gerektiğini belirtti. Loderer sendikaların hükümetin emekçi halka saldırı rotasının karşısına sendikal stratejinin geçirilmesinde, örneğin 35 saatlik iş haftası sorununda sadece genelleme ile yetinirken, buna karşılık tüm yürüyüşlerde 35 saatlik iş haftası talebi ileri sürüldü.

Öte yandan bu yürüyüşlerdeki olumlu bir gerçek ise sadece beklenildiği gibi bir çok yabancı işçi arkadaşında katılması değil, aynı zamanda yabancı düşmanlığına karşı bir dizi pankart ve flamanın taşınmasıdır. Örneğin Krupp'ta çalışan işçi arkadaşlar bir pankartın üzerine şu sloganı yazmıştılar: "Bugün gençler gitmeli ve yabancılar dışarı, yarın ise herkes için soba söner. Öyleyse tüm işyerlerinin korunması için mücadele!"

Ayrıca bu yürüyüşlerin üçünde de sert bir protesto Federal Çalışma Bakanı Blüm'ün ücretlerin dondurulması talebine karşı yöneltiliyordu. Nürnberg'te ise atılan sloganlarla Blüm'ün hala üyesi bulunduğu İG Metall'dan ihraç edilmesi talep edildi. Bu hafta başında CDU'lu Bakan Blüm bir kez daha ne denli sendika düşmanı olduğunu açığa vurdu. O işi kendi sekreteri Vogt'a yürüyüşlerde DGB konuşmacıları tarafından açıklanan görüşlerin gerçekten işçilerin görüşleri olmadığını söylettirmeye kadar vardırdı. Aynı yönde bir açıklamada ise Blüm'ün yandaşı CDU Genel Sekreteri Geissler bulundu. Görüldüğü kadarıyla bu tür açıklamalarla DGB sadece "aşırı bir azınlık olarak" damgalanmak isteniyor. Bu tür tehditler hiç bir şekilde küçümsenmemelidir.

(„250 000 bei den DGB-Demonstrationen")



DGB yürüyüşlerinde yabancı düşmanlığı da protesto edildi.

Ekvador'da mücadele sürüyor

Sıkı yönetime rağmen genel greve gidildi

Ekvador Hükümeti ekmek fiyatlarını yüzde 45 ve benzin fiyatlarını ise yüzde 120 yükseltmek isteyince, emekçi halk bu saldırıyı militan mücadele eylemleri ile cevapladı. İşçi Birleşik Cephesi, FUT'ta yer alan Ekvador sendikaları geçen hafta perşembe günü genel greve gitme çağrısı yaptılar.

Hükümet çarşamba gecesi sıkıyönetim ilan ederek bir dizi önemli demokratik hakkı tasfiye etmesine rağmen, yapılan grev çağrısına ülkenin her tarafında uyuldu. Sıkıyönetim ilanından sonra tüm toplantılar, yürüyüş ve mitingler yasaklandı, saat 22'den sonra sokağa çıkma yasağı kondu, okullar, üniversiteler kapatıldı. Ordu ulaşımı, enerji ihtiyacının karşılanmasını ve telefon sistemini kendi denetimine aldı.

Tüm yasaklara rağmen, özellikle de öğrencilerin desteğini alan işçiler genel grevin ilk gününde görkemli gösterilerle alanları doldurdular. Özellikle de başkent Quito'da ve liman şehri Esmeralda'da emekçilerle, polis ve ordu birlikleri arasında sert çatışmalar oldu. Bu çatışmaların gelişmesinde işçiler barikatlar kurdu ve silahlı devlet güçlerine karşı direndiler. Devletin baskı güçleri ile emekçiler arasında çıkan bu kanlı çatışmalarda, askerler en az üç emekçiyi katlettiler, yüzlerce işçi ise tutuklandı.

Ekvador'daki bu sınıf kavgalarının ardında yatan gerçek tüm Latin Amerika ülkeleri için geçerli olan şu ekonomik gelişmelerdir: Hammadde fiyatlarının düşürülmesi ile (Örneğin Ekvador'da petrol fiyatlarının düşürülmesi) yurt dışına olan borçlar alabildiğince yükseldi. Ağırlıklı olarak Amerikan mali sermayesinin denetiminde olan Uluslararası Para Fonu (IWF) ile yapılan görüşmelerde, IWF Ekvador Hükümeti'ne yeni kredilerin verilmesi için devletin ekmek ve benzin fiyatlarına yaptığı para yardımlarını geri alması şartını koştu.

Bunun üzerine sendikalar, hükümetin fiyat artışlarını geri almaması durumunda süresiz genel greve gideceklerini açıkladılar.

(„Generalstreik in Ecuador")

Yürüyüş

22.10 tarihinde Völklingen'de yapılan yürüyüşe 20 bin çelik işçisi katıldı. ARBED çelik tekelinin 5 bin işçinin çıkışını verme planına, noel parasını,bazı sosyal ödemeleri kesme ve 31.12. 82 tarihine kadar toplu sözleşmeler dışında verilen ücret zamlarını ödememesi gibi önlemlerine karşı çelik işçilerinin düzenledikleri bu eylem Völklingen'de yapılan en büyük yürüyüştü.

İşyerlerinin yok edilmesine karşı bu tür direnişler Federal Almanya çapında alanlarda olduğu gibi çok acilen işyerlerinde de gereklidir. Federal Almanya çapında yok edilen işyerlerinin sayıları her geçen gün kabarıyor. Örneğin bunun için sadece son iki hafta içinde verilen toptan çıkış haberlerine bakmak yeterlidir: ***Mannesmann-Demag*** *Duisburg'taki, Düsseldorf'taki, Hamburg'daki, Jükerath/Eigel'deki, Mönchengladtbach ve Mannheim'deki işletmelerinde toplam olarak 1500 işçi ve memurun çıkışını vermek istiyor.* ***Krupp*** *çelik tekeli ise 1982 yılı sonuna kadar 4 bin, Mart 1983'e kadar ise 2 bin işçinin çıkışının verileceğini açıkladı. MBB Kuzey Almanya'daki 6 işletmesinde 1500 ile 2000 arasında işçinin çıkışını vermek istiyor.* ***VFW Lemwerder*** *1000 işyerini yok etmeyi planlıyor.* ***AEG*** *ev aletleri bölümünde 2400 işyerinin yok edilmesi öngörülüyor. Tübingen Zanker'de ise iflas sonucunda 1000 işyeri tehlikede.* ***Lippe Bergbau AG*** *işletmesi 31. 3. 83 tarihine kadar Gelsenkirchen kömür ocağının kok kömürü bölümünü kapatmak istiyor. Bunun sonucunda 240 işyeri yok edilecek. Uzun vadede ise Ruhrkohle AG 2000 yılına kadar personel sayısını 100 bine düşürmeyi planlamakta. Şu an bu kömür ocağı şirketinde kısa çalışmadan 126 bin işçi etkilenmektedir. Ayrıca ismini saymakla bitmeyecek bir çok küçük ve büyük işletmede ise kısa çalışmaya gidilmekte ya da kısa çalışma planlanmaktadır. Bilindiği gibi her kısa çalışmayı genellikle çıkışlar izliyor.*

(„Massenentlassungen nehmen zu")

3. BÖLÜM

Eşit siyasi ve sosyal haklar

Yabancı düşmanlığına karşı mücadelede kaydedilecek her başarı yerli ve yabancı işçilerden oluşan Batı Alman işçi sınıfının bir başarısı olacağı gibi, her yenilgide onun bir yenilgisidir. Bu anlamda işçi sınıfının çıkarları için CDU/CSU'nun ve yeni hükümetin biz yabancılara karşı uygulamak istediği çizginin önüne geçilmeli, bizim kazandığımız sosyal ve sınırlı olan siyasi haklarımız savunulmalı ve daha da genişletilmelidir. Unutmamalıyızki yabancı düşmanlığına karşı mücadelenin yolu aynı zamanda Batı Alman işçi sınıfının en zayıf halkasını oluşturan biz yabancı işçiler için de eşit sosyal, ekonomik ve siyasi hakların kazanılmasından geçer. Hiç kuşkusuz bu eş ve çocuklarımız için de geçerlidir. Yabancı düşmanlığına karşı mücadeleyi biz yabancı işçi ve ailelerimizin eşit sosyal hakları elde etmesi mücadelesi ile birleştirmeliyiz. Çünkü biz yabancı işçiler Alman sınıf kardeşlerimizle eşit sosyal, ekonomik ve siyasi hakları elde etmediğimiz sürece bu siyasi gericiliğe hizmet eder ve onun sınıfın birliğini bölmesini daha da kolaylaştırır. Ancak bu demek değildir ki, biz yabancı işçilerin eşit hakları elde etmesi ile burjuvazinin işçi sınıfını bölme imkânları tamamen ortadan kalkacaktır. Ama biz yabancıların eşit hakları elde etmesi onun sınıfın birliğini bölmesini zorlaştırır. İşte Par'imiz KPD bu doğrultudan hareketle biz, yabancı işçilere yönelik politikasını tespit etmektedir. Batı Alman tekelci burjuvazisinin oyunlarını boşa çıkarmak, işçi sınıfının birliğinin sağlanması yönünde adım atabilmek için partimiz KPD biz yabancı işçiler ve ailelerimiz için Alman sınıf kardeşlerimiz ile aynı siyasi, sosyal ve ekonomik hakları elde etmemizi savunmaktadır. O biz yabancı yurttaşların kendi kültür ve dillerimizi korumamızdan ve geliştirmemizden yanadır.

CDU / CSU'nun ve yeni Federal Hükümet'in yabancılar politikası üzerine

"Yabancılar dışarı" resmi hükümet politikası mı olacak?

"Kızıl Şafak"ın geçen sayısında yayınladığımız yazımızın 2. bölümünde CDU/CSU-FDP koalisyon hükümetinin biz yabancı işçi ve ailelerimize karşı yaptığı açıklamaların, daha doğrusu yabancı düşmanlığını körüklenmesinde amacının ne olduğunu ortaya koyduk ve bugün sermayenin çıkarlarının bir bütün olarak ucuz işgücü anlamını taşıyan yabancı işçilerin geri gönderilmesini gerektirmediğini, ilk planda işsiz olan kesimimizin gönderilmek istendiğini belirttik. Yabancı düşmanlığının körüklenmesi ile işçi sınıfının birliğinin bölünmesinin amaçlandığına işaret ederek, yabancı düşmanlığına karşı ortak bir mücadele verilmesi gerektiğini vurguladık ve biz yabancılar için yabancı düşmanlığına karşı mücadelenin ikili bir yönü olması gerektiğinin, yani hem Batı Alman Hükümeti'nin aldığı kararlara karşı durmak hem de bizim Alman sınıf kardeşlerimizle birliğimizi önlemeye çalışan kendi ülkemizin gerici, faşist güçlerinin ve hükümetinin kışkırtmalarını boşa çıkarmamız gerektiğinin altını çizdik.

alınması talebini ileri sürmektedir.

CDU/CSU ve onların yönettiği hükümet biz yabancı işçilerin eşit sosyal, siyasi ve ekonomik hakları elde etmemizin en keskin karşıtlarıdırlar. Onların biz yabancı işçilerin ve ailelerimizin eşit hakları elde etmemizi savunup savunmamaları şöyle dursun, var olan kısmı haklarımızı bile yok etmeye yeltenmekteler.

Bu anlamda kapitalistlerin ve onların Bonn'daki yeni hükümetin saldırıları en kararlı bir şekilde geri püskürtülmelidir. Ve devlet tarafından sürdürülen yabancı düşmanlığına karşı başarı ancak işçi sınıfının mücadeleyi kendi eline almasıyla kaydedilebilir. Kuşku yok ki bu mücadelenin başarı kaydetmesi aynı zamanda sendikalarında uzlaşmaz ve kararlı bir tavır almalarına bağlıdır. Sendikalar bugün Kohl Hükümeti'nin yabancı düşmanı politikasına karşı çıkmalı, devlet tarafından körüklenen yabancı düşmanı kampanyaya karşı yerli ve yabancı işçilerin direnişini örgütlemelidirler. Çünkü sendikaların işçi sınıfının bir kesimini oluşturan yabancı işçilere yönelik saldırılara göz yumması, sermayeye hizmet eder, onun işçi sınıfının birliğini bölmesi için ekmeğine yağ sürer ve krizin yükünü işçi sınıfının üzerine yıkmasını kolaylaştırır. O halde bugün sendikalarımızın, işyerlerindeki sendikal kurumların Kohl Hükümeti'nin yabancı düşmanı politikasına karşı protestoları bir iki kararla geçiştirmemelerini, tam tersine pratikte de adım atmalarını, pratik mücadeleyi örgütlemelerini, örneğin protesto toplantıları, yürüyüş, miting vs. yapmalarını sağlamalıyız. Aksi takdirde yabancı düşmanlığına karşı alınan kısmı protesto kararları kağıt üzerinde birer karar olmaktan öteye gitmez.

Bu anlamda sendikacılar tarafından kurulan ve partimiz KPD'nin de desteklediği Sosyal Güvenlik İnsiyatifi'nin (ISS) DGB yürüyüşlerine "Sosyal hakların kısıtlanması, işyerlerinin yok edilmesi ve yabancı düşmanlığı durdurulmalı" şiarı altında çağrı yapmasını selamlıyoruz. Gelecekte bu yönde DGB sendikalarının da adım atmasını sağlamalıyız.

"Seçme hakkı vatandaşın hakkıdır"

Koalisyon ortaklarının biz yabancılara karşı hazırladığı önlemler taslağına dönmeden önce yabancıların seçme ve seçilme hakkı üzerine bir iki söz söylemek istiyoruz. Bilindiği gibi şimdiye değin bir çok insiyatif yabancıların da seçme seçilme hakkını, tabi ki ilk planda yerel seçimler için, elde etmeleri talebini ileri sürmekteler. Fakat CDU/CSU bir taraftan yabancıların entegrasyonundan bahsederken, diğer yandan ise entegrasyon için belirleyici adımlardan biri olan biz yabancılara seçme seçilme hakkının tanınmasını, tabi ki yerel seçimler için bile top yekün reddetmekteler. Örneğin SPD'nin bir çok sıradan üyesinin bu hakkın yabancılara da tanınmasını talep etmesinin yanında bazı yöneticileri bile çeşitli bölgelerde yabancıların yerel seçimlere katılma hakkını savunmaktalar. Ancak CDU'da bunun nebzesine bile rastlanamamaktadır. CDU/CSU parlamento fraksiyonu seçme seçilme hakkı üzerine ocak ayında şunları söylüyordu: *"Seçme hakkı vatandaşın hakkıdır ve buna uygun vatandaşlık görevlerini gerekli kılar. Yerel seçme hakkı da dahil yabancılar için seçme hakkı reddedilmeli. Yerel düzeyde gerekirse bazı sorunlar üzerine yabancıların görüşlerini almalı"* Görüldüğü gibi CDU/CSU bir bütün olarak biz yabancıların seçme haklarına karşı çıktıkları gibi, yöresel düzeyde bile sadece bazı sorunlar üzerine görüşlerimizin alınmasından bahsediyorlar. Tabi ki bunu da zorunlu kılmıyorlar, sadece gerek duyulursa.

Birincisi şunu belirtmeliyiz ki biz yıllardan beri bu ülkede bir dizi surumluluğu taşımaktayız, üstelik bu sorumluluk Alman yurttaşlarınkinden daha da ağırdır. İkincisi ise resmi makamlar karşı çıktıklarında bu ülkede serbestçe dolanma hakkımız bile yoktur. Yıllardan beri burada yaşamamıza rağmen siyasi haklarımız oldukça sınırlıdır. Bizim üzerimize politika yapılmakta, kararlar alınmakta. Ancak bizim bu kararlara hiç bir etki yapma hakkımız yoktur.

Bizler Alman yurttaşları gibi her türlü vergileri ve harçları ödemede hiç bir ayrımcılığa tabi tutulmazken, eşit siyasi ve sosyal haklar konusunda ise ayrı bir muamaleye tabi kılınıyoruz. Bizim bu yaptıklarımız yurttaşların yaptığı görevler değil de nedir? "Seçme hakkı vatandaşlık hakkıdır " formalite olarak doğrudur. Ancak sorunu bu oluşturmuyor. Sorunu biz de Alman yurttaşları ile aynı sorumluluğu yüklenmemize rağmen, aynı haklara sahip olmamız oluşturuyor. İşte bundan ötürü de partimiz biz yabancıların ve ailelerimizin otomatik olarak, Alman vatandaşlığına alınmasını talep ediyor. Ve aynı zamanda bize hem yerel ve hem de genel seçme seçilme hakkının tanınması talebini ileri sürüyor.

Bu hakkı sermayenin ve onun hükümetinin kendiliğinden bize vermeyeceği bir gerçektir. Çünkü onları ilgilendiren tek şey bizim ucuz iş gücümüzdür, bunun için bu hakların elde edilmesi mücadelesini kendi elimize almalıyız.

Ayrıca gerçekten yabancı işçilerin de Alman işçileri ile aynı hakkı elde etmesini savunuyorsak, Alman vatandaşlığına geçme talebini de ileri sürmeliyiz. Çünkü tamamen eşit hakları elde etmek ancak Alman vatantaşlığına geçmekle mümkündür. Ne varki Alman vatandaşlığına geçmeyi herkesin kendi bireysel kararına bırakmak bu adımı zorlaştırır. Çünkü bazıları bu haktan yararlanacak, bazıları ise bundan yararlanmayı tercih etmeyeceklerdir. Bu da son tahlilde yabancı işçilerin bir kısmının aynı eşit sosyal, siyasi hakkı elde etmesi, diğer bir kısmının ise bu haklardan yararlanamaması anlamına gelir. bunun için partimiz her yabancı işçinin ve ailesinin eski vatandaşlık haklarının korunması kaydıyla otomatik olarak Alman vatandaşlığına



Yabancı düşmanlığını protesto gösterisi

İltica hakkına yoğun saldırı

CDU/CSU-FDP koalisyon hükümeti iltica hakkına ilişkin olarak SPD Hükümeti'nin şimdiye değin aldığı kararları yeterli görmüyor. Ve sözde "iltica hakkının kötüye kullanılmasını" önleme adı altında iltica hakkını Kohl Hükümeti daha da sertleştirmek, diğer bir deyişle tamamen yok etmek istiyor.

Hitler faşistlerinin saldırılarına ve takibine maruz kalan binlerce anti-faşistin, demokratın direnişi sonucunda Federal Almanya Cumhuriyeti Anayasası'na alınan bu hakkın şimdi CDU/CSU tamamen ortadan kaldırılmasını amaçlıyorlar.

Bir yandan iltica hakkı yok edilmeye çalışılırken, diğer yandan ise yerli ve yabancı işçiler ilticacılara karşı kışkırtılmaktalar. Örneğin geçen hafta Donauwörth'te bir konuşma yapan Strauss şöyle demekte: *"(...) Ancak çok sayıda iltica isteklisi yüzünden işsizlik yüksek sayılara ulaştı. (...) Burada yaşayan ve şu anda işsiz kalan Türklerinde aleyhinde olarak bu ilticacıların yüzde 90'nı Alman işyerlerinde çalışmaktalar."* Strauss sahte bilgilerle bir yandan Alman ve yabancı işçileri ilticacılara karşı kışkırtırken, onları işsizliğin artmasının sorumlusu göstermeye çalışırken, diğer yandan ise iltica hakkının kaldırılmasının doğru olduğu zeminini hazırlamaya çalışıyor. Birincisi, ilticacıların büyük çoğunluğu resmi olarak isizliğe kayıtlı değil, ikincisi ise onların çalışma hakkı ortadan kaldırıldı. Üçüncü olarak ise geçmişte, yani daha ilticacılar için çalışma yasağı konmadan önce verilen çalışma izinleri ise şimdi iptal edilmektedir. Peki öyleyse Strauss gerçek dışı bilgilere baş vurarak ilticacıları işsizliğin sorumlusu göstermekle neyi amaçlıyor? Bunun arkasında yatan gerçek çok açık: Bir bütün olarak iltica hakkını tasfiye etmek! Ayrıca böl yönet politikası ile toplumun çeşitli kesimlerini birbirine karşı kışkırtmak!

"Kızıl Şafak"ın önceki sayılarında siyasi iltica talebinde bulunupta bu talepleri reddedilerek sınır dışı edilen ilticacıların işkenceye tabi tutulduklarını, katledildiklerini yazmıştık. Özellikle de bu Türkiye'deki faşist cunta için geçerlidir. İltica hakkını kötüye kullananlar, bugün bu hakkı gerçekten takibe uğradığını ispatladığı halde ona iltica hakkını tanımayarak ölümün pençesine verenlerdir, bugün Türkiye'deki faşist cuntanın işkene yapmadığını ileri süren Strauss, Kohl ve takımıdır.

İltica hakkının kuşa çevrilmesinde Mannheim İdari Mahkemesi bir adım daha atarak Türkiye'deki faşist cuntanın takibine uğrayan Kürdistanlı Hasan Aksoy'un iltica talebini reddederken şöyle yazmakta: ***"Devlet güvenliğini sarsmakla suçlu görüldüklerinden dolayı haklarında tahkikat sürdürülen solcu Kürtlerin işkence görmesi ya da benzeri hakarete uğraması genelde siyasi takibi oluşturmamaktadır. (...), çünkü işkence ve hakarete uğrama Türkiye'de genel bir olaydır ki, bunda sadece siyasi olarak aktif Kürtler etkilenmemektedir. (...)"*** Ancak CDU/CSU-FDP koalisyon hükümeti bunları yeterli görmüyor. O halde yeni hükümetin ilticacılara karşı almak istediği önlemlerin kapsamı ne olacak?

Devamı gelecek sayıda!

Arnavutluk Emekçi Gençlik Birliği 8. Kongresi'ni yaptı



4-6 Ekim tarihleri arasında Tiran Spor Sarayında Arnavutluk Emekçi Gençlik Birliği 8. Kongresi'ni yaptı. Arnavutluk'ta sosyalizmin inşaasında gençliğin görevlerinin ne olması gerektiğini konuşmak amacıyla üç gün süren bu görüşmelere 500 binin üzerinde üyesi bulunan Gençlik Birliği'ni temsilen 2000 delege katıldı. Lumturi Rexha yoldaşın okuduğu raporun ve ardından yapılan tartışmaların ana noktasını AEP 8. Kongresi'nin tespit ettiği şu görevler oluşturuyordu: Arnavutluk halkının tamamen kendi gücüne dayanarak gerçekleştirmesi gereken 7. Beş yıllık plan, ve toplumsal yaşamın tüm alanlarında bilimsel ve teknik seviyenin yükseltilmesi. Tüm yaş gruplarından ve ülkenin tüm bölgelerinden 65 delege tartışmalara katıldı.

Kongrenin birinci gününde Enver Hoca delegeleri selamladığında büyük bir coşku koptu. Ayrıca Genç Öncüler de Kongreye mesajlarını okuduklarında durmak bilmeyen bir alkış başladı.

Arnavutluk Emekçi Gençlik Birliği Merkez Komitesi 1. Sekreterliği'ne şimdiye değin "Zeri i popullit" baş yazarı olan Mehmet Elezi yoldaş seçildi. Tüm merkez organlarda — Merkez Komite'ye, Büro ve Sekreterliğe — Gençlik Birliği'nin bir çok genç militanları seçildi, böylece toplam olarak yönetici merkez organların yaş ortalaması oldukça gençleşmiş oldu.

Kongrenin çalışmalarına Avrupa, Asya, Afrika, Kuzey, Orta ve Güney Amerika'dan toplam olarak 17 delegasyon katıldı. Almanya Komünist Gençliği'ni (KJD) ise birinci Sekreteri temsil etti.

(„ 8 Kongress des Verbandes der Jugend der Arbeit Albaniens")

Düzeltme

"Kızıl Şafak"ın geçen sayısında 2. sütunun üçüncü paragrafında bir dizgi hatası olmuş. Doğrusu şöyle: ... *bugün genellikle faşist güçler bunu kullanmaktalar, ama buna karşı sessiz kalmak krizin...* Düzeltir, özür dileriz.

Bremen Vulkan tersanesinde direniş sona erdi

İşyerlerinin yok edilmesi önlenemedi

4200 işçinin çalıştığı Bremen Vulkan tersanesinde işçiler ile kapitalistler arasındaki çatışmalar şimdilik sona erdi. Vulkan tersanesi patronu Henke 500 işçinin çıkışını vermek ve akord saatlerini yüzde 15 ile 20 arasında düşürmek isteyince, işçiler greve gitmiştiler.

15 Ekim Cuma günü Bremen Eyalet Mahkemesi'nden bir hakimin başkanlık ettiği 17 saat süren uzlaşma görüşmelerinde işçi temsilciliği ile işletme yönetim kurulu arasında bir anlaşmaya varıldı. Bu anlaşma şunları ön görmekte: Birincisi, 500 yerine 290 işçi arkadaşının çıkışının doğrudan verilmesi. Geri kalan 210 işyerinin de dolaylı yoldan, yani atama yapmakla, ya da erken emekliye ayrılmayı sağlamakla yok edilmesi amaçlanıyor. Bu da 500 işyerinin yok edilmesinde hiç bir şeyin değişmediği demektir.

İkinci olarak ise Henke'nin akord saatlerinin yüzde 15 ile 20 arasında kısıtlanması talebi bu şekliyle reddedildi. Ama aynı zamanda işçi temsilciliği işçilerin belli bölümleri için akord saatinin yeniden düzenlenmesini kabul etti. Gerçi akord saatlerinde yeni bir düzenlemenin ancak işçi temsilciliği ile konuşma temelinde yapılması söz konusudur. Bu noktanın gerçekleştirilmesi ile "onarma taslağının" ön gördüğü harcamaların maddi yükünün azaltılmasına prim verilmiş oluyor ki, bu da şimdilik yılda 50 milyon Mark tutuyor.

İşçi temsilciliğinin bu uzlaşmasını bir bütün olarak ele alacak olursak, varılan sonuç işçilerin bir kısmi başarısı olarak değerlendirilmez. Özellikle Vulkan kapitalistleri taleplerinin ana bölümlerini gerçekleştirebildiler. Bunun için de Vulkan tersanesinin ve hatta Bremen'in dışında destek gören direnişin vardığı sonucu işçiler için bir yenilgi olarak değerlendirmeliyiz.

Varılan sonuç, Vulkan işçilerinin özellikle de aynı durumda diğer işyerlerinde yapılan direnişlerden daha kararlı bir şekilde mücadeleye atılmalarından dolayı yanıltıcıdır. Vulkan işçilerinin mücadelelerinde başarı şansının olacağı yönünde umutların beslenmesine yol açan diğer bir etken ise Vulkan tersanesinde işçi temsilciliğinin çoğunluğunu muhalefetçi "Echolot Grubu"nun oluşturmasıdır. Diğer işyerlerinde genellikle işçi temsilciliği çoğunluğu oluşturanlar sosyal ortaklık siyasetini savunanlardır.

Ancak bunlardan hareketle Vulkan işçilerini, işçi temsilciliğini ya da muhalefetçi Echolot Grubu'nu yenilginin sorumlusu göstermek doğru olmaz. Çünkü özellikle Echolot Grubu'ndan arkadaşlar Vulkan kapitalistlerinin saldırılarına karşı güçlü bir cepheyi oluşturmak amacıyla işçileri seferber etmek için bir dizi adım attılar.

Şüphesiz ki Echolot Grubu'nun izlediği taktiğinin bazı bölümlerinin yanlış olup olmadığı veya mücadele imkânlarını objektiv olarak genişletilmesinin ve işçilerin mücadeleye çekilmesinin sürekli tam bir şekilde gerçekleştirilip gerçekleştirilmediği üzerine tartışılabilinir. Ama biz şu an Bremen'de daha yeni başlamış olan tartışmaya girmek istemiyoruz.

Ancak burada şunu açıkca söylemeliyiz ki, Vulkan işçilerinin yenilgisinin asıl sorumluları yerel ve bölgesel İGM yönetimidir. Bunun yanı sıra yenilginin bir diğer nedeni de nüfuzlarını işçilerinin direnişini desteklemek için değilde, daha ziyade mücadeleyi sabote etmek ve arkadaşları çıkmaza götürmek için kullanan SPD'li politikacılarda (Şu an SPD Bremen Eyalet Meclisi'nde bulunan 100 milletvekilinin 52'sine sahip) yatmaktadır.

Vulkan patronları işçi temsilciliğini en adi metodlarla baskı altına almaya çalışarak "eğer onarma taslağı kabul edilmezse, iflasa gidecekleri" tehditini savurdular. Hiç şüphesiz bu santaj işçi temsilciliğinin işini daha da zorlaştırdı. Çünkü işçilerin bir kısmı patronun bu tehditinden dolayı yılgınlığa kapıldılar. Hatta işletme yönetimi işçilerin küçük bir bölümünü işçi temsilciliğine karşı kışkırtarak, onun "onarma taslağı"na karşı direnişi sürdürmesinden vaz geçmesini sağlamak amacıyla bazı "eylemler" yaptırmayı dahi başardı.

İGM Bremen 1. Başkanı Arno Weinkauf ve Nordmark Bölgesi Eyalet Başkanı Otto von Steeg işverenin bu adi santajına ve işçileri bölme manevrasına karşı asla bir sendikal örgütün gücüyle ve otoritesiyle karşı çıkmadılar. Aksine onlar bile patronun görüşleri doğrultusunda hareket ederek işçi temsilciliğini teslim olmaya zorlamak için baskı altında almaya çalıştılar. Vulkan işçilerinin mücadelesini sendikal olarak legalleştirmeye ve maddi olarak desteklemeye ise hiç yanaşmadılar.

Başta hemen hemen hep birlikte hareket eden işçilerin direnişini kırabilmeyi ve onları bölmeyi Vulkan patronu Henke ancak ve ancak söz konusu İG Metall sendika patronlarının yardımıyla başarabildi.

(„Bremer Vulkan-Werft — Betriebsrat ging Kompromisse ein")



Krupp işçileri işyerlerinin yok edilmesine karşı direniyorlar.



AG Weser işçileri patronun çıkış planını protesto ettiler.

Toptan çıkışlar protesto edildi

Krupp ve AG Weser işçileri mücadeleye atıldılar

20 Ekim Çarşamba günü Bremen AG Weser tersanesinde yapılan işyeri toplantısından sonra işçiler işyerine geri dönmeyerek patronun çıkış planını protesto etmek amacıyla bir yürüyüş yaptılar. İşçi arkadaşlar tüm yürüyüş boyunca attıkları sloganlarla aynı zamanda binlerce işyerinin yok edilmesi anlamını taşıyan iki büyük Bremen tersanesi olan AG Weser ile Vulkan'ın birleştirilmesi planını da protesto ettiler.

Bu eylemden bir gün sonra ise, yani 21 Ekim'de, Siegen-Geisweid'de Güney Vestfalye Krupp işletmelerinde çalışan 3000 çelik işçisi bir protesto yürüyüşü yaptı. Krupp işçileri bu eylemleri ile patronun en az 2800 işçi arkadaşın çıkışını verme planını kabul etmediklerini dile getirdiler. Sadece Güney Vestfalye Krupp çelik tekelinin Geisweid ve Niederschelden işletmelerinde patron 1983 Mart ayına kadar 550 işçinin çıkışını vermek istiyor.

(„Protest gegen Entlassungen bei Krupp und AG Weser")

Sosyal hakların kısıtlanmasına, işyerlerinin yok edilmesine, işsizliğe ve yabancı düşmanlığına karşı DGB yürüyüşlerine katılalım!

Kiel

29 Ekim'de. Yürüyüş saat 17.30'da Asmus-Bremer Platz'da başlayarak. Daha sonra sendika binasına kadar yürünecek ve tekrar geri gelinerek aynı yerde miting yapılacak.

Baden Württemberg

30 Ekim'de, Stuttgart'ta. Yürüyüş saat 11.30'da Nordbahnhofstr/Güterbahnhof'ta, Planie-Schillerplatz'da ve Liederhalle'de olmak üzere üç koldan hareket edecek ve saat 12.30'da mitingin yapılacağı Schlossplatz'a doğru ilerleyecek.

Aşağı Saksonya

30 Ekim'de, Hannover'de. Yürüyüş saat 10.00'da Freizeitheim Vahrenwald'da, Bahnhof Hainholz'da, Eltwerk'te, Schützenplatz'ta ve Hauptbahnhof'ta olmak üzere beş koldan harekete geçerek saat 11.00'de mitingin yapılacağı Klagesmarkt'a doğru ilerleyecek.

Bremen

4 Kasım'da. Yürüyüş saat 16.30'da Bürgerweide'de, araba ve otobüslerle gelenler için ise saat 17.00'de Teerhof'ta başlayacak, miting ise saat 18.00'de Domshof'ta yapılacak.

Hamburg ve Nordmark bölgesi

6 Kasım'da Hamburg'ta. Yürüyüş, saat 10.00'da Adolf-Schönfelder-Str.'de ve Moorweide'de olmak üzere iki koldan hareket edecek ve saat 12.30'da mitingin yapılacağı Karl-Legien-Platz'a doğru ilerleyecek.

Saarland

6 Kasım'da, Saarbrücken'de. Yürüyüş saat 10.00'da Saarbrücken Kongresshalle'de başlayacak. Miting ise saat 11.00'de St.-Johanna-Markt'ta yapılacak.

Batı Berlin

15 Kasım'da.

Alman Sendikalar Birliği, DGB geçen hafta üç eyalet çapında yürüyüşler düzenledi. Bu yürüyüşlerin üçüne toplam olarak 250 bine yakın işçi ve emekçi katıldı. Binlerce işçi, memur, kadın ve erkek, Alman, yabancı, yaşlı ve genç alanları doldurdular.

Emekçi halktan olan bu insanlar sosyal hakların kısıtlanmasına, işsizliğe, ücretlerin dondurulması planlarına, çılgınca silahlanmaya ve yabancı düşmanlığına karşı örgütlü direnişi sağlamanın ve büyük sermaye tarafından Bonn'da başa getirilen hükümetin bunalımın tüm yükünü işçi sınıfının ve emekçi halkın üzerine yıkma rotasına karşı durmanın gereğini kavradılar.

GÖRKEMLİ İŞÇİ YÜRÜYÜŞLERİ

Geçen yıl Stuttgart'ta sosyal hakların kısıtlanmasına karşı düzenlediği yürüyüşle DGB Baden-Württemberg Eyalet Örgütü şimdi yapılan yürüyüşler için örnek oldu. Bunun sonucunda geçen hafta sonunda yapılan yürüyüşler DGB yöneticilerinin beklediği katılım sayısının oldukça üzerine çıktı. Bu özellikle de Kuzey Ren Vestfalye Eyaleti'nden 120 bin kadın ve erkek işçi arkadaşın yürüdüğü Dortmund yürüyüşü için geçerlidir.

Kuşkusuz ki bu yoğun seferberlik başarısını, barış hareketinin dikkatleri üzerine toplayan büyük başarısı ile aynı şekilde değerlendirebiliriz. Ayrıca geçen hafta sonu yapılan yürüyüşlerin şimdiye değin DGB tarafından planlanan yürüyüşlerin sadece yarısını oluşturduğunu da göz önünde bulundurmalıyız. Daha Stuttgart'ta, Hamburg'da, Bremen'de, Hannover'de, Kiel'de, Saarbrücken'de ve Batı Berlin'de yapılacak DGB yürüyüşleri ise henüz önümüzde durmakta.

Böylece hiç bir abartmaya yer vermeden, sendikalar tarafından örgütlenen siyasi kitlesel protesto eylemlerinin bu büyüklükte yıllardan beri yapılmadığını söyleyebiliriz. Bu tür görkemli eylemler Almanya'da savaşın sona ermesinde, yani 1945'te girişilen sınıf çatışmalarından bu yana hiç bir zaman yapılmamıştı!

Burada barış hareketinin büyük kitle gösterileri ile bir yeni karşılaştırma yapacak olursak, (tabi ki bu iki hareketten de birbirine katılımın olduğunu göz ardı etmeksizin) DGB yürüyüşleri esas niteliği ile birer işçi yürüyüşleriydi. İşte bu yeni bir özelliği ve noktayı oluşturuyor. **Çünkü bu nokta geniş işçi ve emekçi tabakalarının giderek aktifleşmeye ve politize olmaya yöneldiklerini gösteriyor.** *Bu, Federal Almanya'da siyasi ortamı perspektif olarak köklü bir şekilde değiştirebilecek bir eğilimi ifade ediyor!*

Buna bağlı olarak DGB yürüyüşlerindeki önemli bir noktaya daha işaret etmek istiyoruz. Kadın ve erkek, yerli ve yabancı işçi arkadaşların genellikle kendileri tarafından yapılmış flama ve pankartlarındaki taleplerin ve sloganların çoğunluğu somut ve mücadeleci bir içerik taşıyordu, hatta bazıları ise sınıf mücadeleci görüşlere yer veriyordu. DGB yönetiminin sınıflararası işbirliği şiarları bu yürüyüşlerde hiç de ön planda değildi. Taşınan pankartlardaki görüşler eğilim olarak şu slogan yönündeydi: "Paralar zenginlerde, bizde alınabilecek hiç bir şey yoktur!"

DGB Yönetimi, yönetime katılma talebini ön plana çıkarma adımını attıysa da ve bu harekete maletmeye çalıştıysa da, buna rağmen bu doğrultuda sadece bir iki pankart görülebiliyordu.

Ancak burada asla gerçeklere gözlerimizi de kapamamalıyız! Elbette sınıflararası işbirliği politikasının henüz daha işçiler üzerinde büyük etkisi vardır. Ama sınıf mücadeleci bir yöne doğru işçiler arasında eğilimler giderek artıyor! Yapılan yürüyüşlere özellikle de işçi sınıfının aktif ve mücadeleci kesiminin katılması asla SPD yönetiminin istediği şekilde değildi. Hele hele yapılan eylemler sosyal demokrasinin seçim stratejisi için ise hiç bir şekilde birer yardımcı eylem değildiler.

Yapılan DGB yürüyüşleri, işçi sınıfının, sermayenin bunalımın tüm yükünü emekçi kitlelerin üzerine yıkma rotasına karşı direnişinin gelişmesi yönünde bir adımdı.

Bu eylemler yeni kitle eylemleri için başlangıcı oluşturabilir ve oluşturmalıdır da. Şüphesiz ki bu eylemler gerçek ücretlere düzenlenen yeni saldırıların geri püskürtülmesi, işyerlerinin savunulması, tam ücret karşılığında 35 saatlik iş haftası talebinin gerçekleştirilmesi yönünde yapılması gereken grev eylemleri için de başlangıcı oluşturmalıdırlar.

(„Machtvolle Arbeiterdemonstrationen")